

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3,90, monatlich 1,30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsstellige Poststelle oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 127.

Dienstag, den 3. Juni 1919.

26. Jahrg.

Ströbel und Kautsky als Selbstkritiker.

Nachdem kürzlich Dr. Herz und Dr. Nestriepke in Hamburg ihre Aemter in der unabhängigen Partei niedergelegt haben, weil sie den Ruf nach in den Spartakismus nicht mitmachen wollten, ergreift jetzt in der Wiener „Arbeiterzeitung“ Heinrich Ströbel das Wort, um sich mit seinen Parteifreunden über die Voraussetzungen der proletarischen Einheitsfront auseinanderzusetzen. Er meint, die Arbeiterschaft sei nicht so wundergütig und kritiklos, von der Formel „Alle Macht den Arbeiterräten“ alles Heil zu erwarten. Man müsse klar aussprechen, was man unter dem Räteystem verstehe — insbesondere, ob man durch diese die Nationalversammlung ausschalten wolle. Ströbel sagt wörtlich weiter:

Will man also nur die sozialistische Einheitsregierung und das Mitbestimmungsrecht der Räte bis hinauf zur Rätekommer, so soll man diese Forderung klar und scharf umgrenzen. Denn durch Verdunkelung dieser Ziele und durch fahrlässige Verquickung mit der kommunistischen Forderung der einseitigen Räteherrschaft diskreditiert man sie nur bei den nicht kommunistischen Arbeiterschichten und bei dem Bürgertum.

Durch die Losung „Alle Macht den Arbeiterräten!“ sagt Ströbel weiter, nähre man den Irrglauben, als könne heute irgendeine sozialistische Regierung im Einklang mit den Forderungen der Arbeiterklasse und durchgeführte Verbesserungen der Lage des Arbeiterstandes herbeiführen. Je lässiger man diesen Illusionen entgegensteht, „um sich die Unbequemlichkeit einer Opposition der äußersten Linken zu ersparen“, desto peinlicher könnte man später die sträfliche Schwäche büßen. Zum Beweis der heute herrschenden Konfusion weist Ströbel auf das Verlangen nach einer „Sozialisierung der Eisenbahnen“ hin, die jetzt schon ein Defizit von zwei Milliarden aufweisen, und schließlich:

Was könnte da erst einer rein sozialistischen Regierung blühen, wenn sie nicht rechtzeitig den Arbeitermassen volles Verständnis für das politische Erreichbare und das wirtschaftlich Mögliche beibringt? Keine Frage also: die proletarische Einheitsfront ist eine politische Notwendigkeit. Sie ist die einzige Rettung Deutschlands. Doch ist sie weder zu schaffen noch gar zu halten ohne den Mut der politischen Aufrichtigkeit.

Besser als es hier Ströbel tut, könnten wir auch nicht darlegen, was uns Mehrheitssozialisten von den Unabhängigen trennt. Aus Ströbels Ausführungen geht mit leuchtender Klarheit hervor, daß die Widerstandslosigkeit der Unabhängigen gegen den spartakistischen Wahnsinn und ihre politische Unaufrichtigkeit die Hauptursache für die Verwirrung in der Arbeiterbewegung sind. Ströbel brauchte selber nur einen kleinen Schritt in der politischen Aufrichtigkeit weiter zu gehen, um zu erkennen, daß die Mehrheitspartei unter einem Zwang handelt, unter den sie die unaufrichtige Politik der Unabhängigen gestützt hat.

In Breitsteins Zeitschrift „Der Sozialist“ setzt sich Kautsky in einem Artikel „Schlammerei und Massenpsychik“ mit seinen Parteifreunden auseinander. In Däumigs Zeitschrift „Der Arbeiter“ hatte ein gewisser H. Wille (H. S. P. D.) an Otto Bauer österreichischen Sozialisierungsplänen fürchterliche Kritik geübt und den unglücklichen Verfasser einen „Kapitalmenschen“ genannt. Wille hatte Bauer gegenüber seine eigene Sozialtheorie entwickelt, wonach sich die Monopolstellung des Kapitals „auf das feltene Vorkommen des Metallgeldes“ gründet. Kautsky, der noch immer nicht gelernt hat, gewisse Erscheinungen in seiner Partei mit Humor aufzunehmen, was doch die einzige erträgliche Art wäre, schreibt dazu entsetzt:

„Es ist einfach ein Skandal, daß derartiges Analphabetentum sich unter Däumigs Führung in der „Zeitschrift für die vorwärtsstrebenden Kopf- und Handarbeiter“ überheblich blähen darf.“

Man könne Wille ruhig lausen lassen, wenn er eine vereinzelte Erscheinung darstellte. Aber er ist ein Typus, und zwar einer, der jetzt großgezogen wird. Erheben waren Marx und Engels stolz auf den theoretischen Sinn des Proletariats, auf seinen Durst nach Wissen, auf seinen Respekt vor wissenschaftlicher Einsicht. Heute dagegen wird den Massen die Selbstherrlichkeit der Unwissenheit gepredigt, die Ueberlegenheit ihrer dunklen Instinkte über klare wissenschaftliche Erkenntnis. Und gerade die Richtung, die Däumig vertritt, ist am meisten in diesem Sinne tätig.“

Kautsky macht dann weiter folgende sehr ernste und tapfere Bemerkungen:

„Der Krieg mit seinen Nachwirkungen hat den Einfluß der geschulten und organisierten Elemente im Proletariat zurückgedrängt. Er hat zahlreiche Massen auf die politische Arena geworfen, die bisher den sozialen und politischen Dingen ohne jedes Verständnis, ohne jedes Interesse gegenüberstanden. Die Politisierung dieser Massen, ebenso wie die der Masse der Frauen, wird später reiche Früchte tragen, die Intelligenz und das selbständige Denken des Proletariats gewaltig fördern. Im Moment aber bereitet sie große Schwierigkeiten, weil sie den Schwerpunkt der Bewegung des Proletariats vielfach in seine rückständigen Elemente verlegt.“

Das erhellt unter anderem deutlich aus der geradezu grotesken Angst, die fast in jeder Äußerung der Verfasser des „Rätegedankens“ vor der bürgerlichen Presse jutage tritt. Als

getriebene Minderheit haben wir den Einfluß der bürgerlichen Presse auf das Proletariat stetig zurückdrängen gewußt, und nun, da wir oben auf sind, befällt uns eine wahnsinnige Furcht, diese Presse könnte uns die Gemüter des Proletariats wieder entfernen. Eine derartige Furcht wäre lächerlich, wenn die Entscheidung bei den geschulten und lange organisierten Genossen läge, sie bezogen, wie wenig sicher man sich der Elemente fühlt, auf die man heute die Diktatur des Proletariats begründen will. Daß man glaubt, sie nur so lange fest in der Hand zu haben, so lange man es unmöglich macht, daß sie auch nur eine Zeile der Kritik am kommunistischen Regime in die Hand bekommen. Daher die erste Maßregel der Sicherung der neuen Diktatoren, das völlige Verbot jeder nicht offiziellen Zeitung nicht nur in Moskau und Petersburg, sondern auch in Budapest und München.“

Kautsky warnt davor, an die Stelle des Wissensdurstes, der früher das Proletariat auszeichnete, die „Selbstgefälligkeit eines Knotentums“ zu setzen, die auf geistige Leistungen mit Verachtung herabsieht, und sagt weiter:

„Damit wird das Proletariat geistig degradiert, und wehe dem Sozialismus und der Revolution, wenn der Rätegedanke das Mittel würde, den unwissenden Teilen des Proletariats zur Oberherrschaft über seine geschulten und organisierten Teile zu verhelfen. Wenn die Diktatur des Proletariats zur Diktatur der Unwissenheit auswüchse.“

Mögen diese Worte eines Mannes, der als Politiker vielleicht nicht ohne Irrtum ist, der aber nie in seinem Leben eine andere Aufgabe gekannt hat als die, der Arbeiterklasse durch wissenschaftliche Arbeit vorwärts zu helfen, die Beachtung finden, die sie verdienen!

Der Verrat im Rheinland.

Im höchsten deutschen Gebiet geht der schwärzeste Verrat am. In Koblenz, Wiesbaden, Landau — allerorts versuchen die Soldlinge der Kriegsgewinnler und Pfaffen keine Sonderrepubliken auszurufen, die unter dem Schutze der Entente ein stillvergnügtes kapitalistisches Dasein führen sollen. Der Finger der französischen Generale ist mühelos in diesem Treiben zu entdecken. Frankreich träumt wieder die alten napoleonischen Gedanken vom Rheinbund, der unter keinem Schutze die Zerstückung und Entmachtung Deutschlands vorzuziehen soll. Helfershelfer sind ihm alle Dunkelmänner, welche die hohen Steuern der deutschen Republik, ihre kapitalfeindliche und freigeistige Tendenz zu fürchten haben.

Am schwersten kompromittiert bei diesem Versuch Deutschland in seiner schwersten Not in den Rücken zu fallen, hat sich das Zentrum und im Zentrum die unentwegt Ludendorffselnde und Lipitzelnde „Kölnische Volkszeitung“. Das schwarze Gewindel am Rhein hat so lange wild nach Annetionen geschrien, bis es sie jetzt den Feinden auf Kosten Deutschlands zuzuschlingen sucht. Selbstverständlich sind nicht entfernt alle Zentrumsanhänger oder Zentrumsführer an diesem niederrichtigen Treiben mitschuldig; aber ebenso unzweifelhaft kommen die Hauptfeinde des Reiches gerade aus dem Lager des Zentrums und der Zentrumsbourgeoisie.

Demgegenüber steht die Arbeiterklasse einmütig und geschlossen zu ihrem Deutschland. Wie sich im Kriege gezeigt hat, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester war, so bewährt es sich auch jetzt im Elend der Niederlage. Die deutsche Arbeiterklasse ist die im neuen Deutschland politisch führende Schicht. Sie weiß, was sie will und hat in ihren Kämpfen tausendfach Energie und Zähigkeit bewiesen. Ihre Haltung bietet uns die Gewähr, daß die französischen Rheinbundpläne höchstens vorübergehend durch Waffengewalt einen Erfolg haben, aber niemals die Bevölkerung daran hindern können, zu Deutschland zurückzuerlangen. Die deutsche Treuebata wird auf die Dauer unwiderstehlich sein.

Von amtlicher Stelle wird zu der Proklamation der Rheinischen Republik bemerkt: Es handelt sich hier offenbar um einen Ueberrumpelungsversuch gegenüber der Volksstimmung, nachdem die geplante „Ausrufung“ der neuen Republik mißlungen ist. Am bezeichnendsten ist, daß unter der Proklamation kein einziger Name steht. Die Reichsregierung hält unbedingt an der Vereinbarung mit den rheinischen Abgeordneten fest. Für sie gibt es keine „vorläufige Regierung“, deren Zusammenziehung der Aufruf klüglich verschweigt. Die Landes- und Kommunalbehörden empfangen nach wie vor ihre Anweisungen von ihren Landesregierungen, denen sie allein verantwortlich bleiben. Die Reichsregierung erwartet von ihnen in dieser schwersten Stunde getreues Ausscharren auf ihrem Posten, die für die ganze rheinische Bevölkerung Vorposten und Vorbilder der Reichstreue sein müssen.

Daß die traurigen Helden der Abhängigkeitsbewegung in englischer Fühlung mit den französischen Militärbehörden stehen, zeigt die Tatsache, daß sämtliche Mainzer Zeitungen von den Besatzungsbehörden im Anschluß an die Proklamation gezwungen wurden, eine Begründung aufzunehmen, in der es heißt:

Die Rheinische Republik ist ausgerufen. Die Not der Stunde hat dazu getrieben. Berlin hat unter der neuen Regierung genau so wenig Verständnis gezeigt, wie unter der alten, ja es hat das Rheinland in seiner schwersten Stunde völlig verlassen. Jede Willensäußerung des rheinischen Volkes wurde brutal niedergedrückt. Sachsen und Württemberg hielten es für angebracht, über das Schicksal des rheinischen Volkes mit zu entscheiden. Auch die offiziell gewählten Vertreter des rheinischen Volkes haben versagt, obwohl sie genau wissen mußten, daß ihre Meinungen und

ihre Wünsche nicht übereinstimmend waren mit der überwältigenden Mehrheit des rheinischen Volkes, zumindest aber nicht mit denen der geborenen Rheinländer. Weiter wird gesagt: Hessen habe unter der unnatürlichen Grenzfestsetzung des Wiener Kongresses gelitten und die Pfalz unter dem Verlust des natürlichen Hinterlandes. Nun seien die Grenzpfähle unter den zusammengehörigen Gebietsteilen gefallen. Das ganze erzwungene Schicksal ist ein Abklatsch der alldeutschen Traben, die zur Zeit unserer militärischen Hochkonjunktur unsern Gegnern präsentiert wurden. Jetzt erleben wir dasselbe Schauspiel, das ebenso abstoßend wirkt.“

Mit welchen Elementen man es hier zu tun hat, zeigt auch eine Meldung der „Frankf. Ztg.“, die als Haupttreiber den Berliner Staatsanwalt Dr. Borthen angibt, der sich seit seiner militärischen Beurlaubung in Wiesbaden befindet und als einziger Mann den nassauischen Arbeitsauschuß bildet. Er hat niemanden hinter sich. Natürlich hat er gegenüber der französischen Militärbehörde den Vertreter der nassauischen Bevölkerung gespielt und ist auch kürzlich einer der Teilnehmer an der Probergerichtlichen Konspiration mit General Mangin gewesen.

Zum Friedensvertrag.

Die Zulassung zur internationalen Kommission für Arbeiterrecht.

Der deutschen Delegation in Versailles ist eine Note Clemenceaus als Erwiderung auf die deutsche Note über das internationale Arbeiterrecht zugegangen. Darin erklären die alliierten und assoziierten Regierungen, einzig zu sein, in kurzer Zeit nach Friedensschluß die deutschen Vertreter in die internationale Kommission aufzunehmen und die Washingtoner Konferenz zu bitten, die deutschen Vertreter als gleichberechtigte Mitglieder zuzulassen.

Die österreichischen Friedensbedingungen.

Einer Neutermeldung aus St. Germain zufolge wurden die Teile des österreichischen Friedensvertrages, die schon fertiggestellt sind, der österreichischen Delegation am 12. Uhr 27 Min. vom Generalsekretär der Konferenz, Dutajko, überreicht, nachdem zuvor Clemenceau eine drei Minuten lange Rede gehalten hatte. In seiner Erwiderung erklärte Renner, die österreichische Monarchie sei jetzt ganz von der habsburgischen Dynastie befreit und würde niemals aus sich heraus Krieg erklärt haben. Renner sprach ungefähr zehn Minuten. Die Österreicher werden 15 Tage Zeit erhalten, um die Bedingungen in Erwägung zu ziehen.

Nach dem Entwurf wird Oesterreich etwa 6 Millionen Einwohner zählen. Es erkennt die vollständige Unabhängigkeit Ungarns, der Tschecho-Slowakei und des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates an und tritt andere Gebiete ab, die früher mit ihm zusammen das österreichisch-ungarische Kaiserreich bildeten. Oesterreich stimmt zu, den Völkervertrag und die Arbeitercharta anzuerkennen und auf alle seine außereuropäischen Rechte zu verzichten, seine gesamten maritimen und Luftstreitkräfte abzurufen, ferner detaillierte Bestimmungen über die Beziehungen und Freizieh der Transitverkehrs ähnlich denen im deutschen Verträge anzunehmen. Oesterreich anerkennt und achtet die volle Unabhängigkeit aller Gebiete, die zum früheren russischen Reich gehörten, stimmt der endgültigen Aufhebung des Vertrages von Brest-Litowsk und aller Verträge, oder Abmachungen zu, die seit der Revolution vom November 1917 mit allen Regierungen oder politischen Gruppen auf dem Gebiete des früheren russischen Reiches geschlossen wurden. Die Alliierten machen den Vorbehalt bezüglich aller Rechte Rußlands auf Wiedergutmachung und Genugtuung. Oesterreich stimmt der Aufhebung der belgischen Verträge von 1839, der Abschaffung der luxemburgischen Neutralität, ferner allen Abmachungen der alliierten und assoziierten Mächte mit der Türkei und Bulgarien, ebenso allen Abmachungen der Alliierten und Assoziierten mit Deutschland wegen der Gebiete, die Dänemark im Vertrag von 1864 aufgeben mußte, zu. Der Auslieferung aller Personen, die sich der Verletzung der Kriegsgesetze schuldig machten, müsse zugestimmt werden. Die versenkten Schiffe müssen Tonne für Tonne vergütet werden. Der Anteil an den Kriegskosten des früheren Oesterreich für jeden der neugegründeten Staaten wird festgesetzt. Diese Schulden werden durch die Einkünfte der Bahnen und Salzbergwerke, die auf der Grundlage der Einnahmen aus den letzten drei Jahren vor dem Krieg berechnet werden, sichergestellt. Alle österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe einschließlich der Donauflottille werden als endgültig den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten ausgeliefert betrachtet.

Die Kleinstaaten und der österreichische Friedensvertrag.

Sonnabend ist den kleinen Mächten, welche Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt hatten, im französischen Ministerium des Äußeren der Vertragsentwurf für Oesterreich vorgelegt worden. Die geheime Beratung über ihn dauerte zwei Stunden und betraf wie „Matin“ berichtet, hauptsächlich die Maßnahmen zum Schutze fremdstämmiger Minderheiten in Polen, in der Tschecho-Slowakei, in Südslawien und Rumänien. Im Namen dieser vier Staaten erklärte Bratianu, daß die Großmächte sich mit diesen Bestimmungen in die innere Angelegenheit

der kleinen Staaten einmischten. Laut „*Le Paris*“ erwiderte Clemenceau, daß die im Verträge vorgesehenen Maßnahmen beibehalten werden müßten. Daraufhin erhoben sich Baderewski für Polen, Karamarsch für die Tschechoslowakei und Trummittsch für Südlawien und schloßen sich den Weisungen Brattianus an. In langer Rede rechtfertigte sodann Wilson die zur Erörterung stehenden Bestimmungen und erklärte, daß die Großmächte die ganze Verantwortung für diesen Frieden trügen und dafür bürgten, daß alle Völker der jetzt existierenden neuen Staaten gerecht behandelt würden; doch sei er bereit, in Fassungsänderungen des fraglichen Abschnittes zu willigen, damit er nicht mehr als Ausnahmebestimmung oder als Zwang gegenüber gewissen Ländern erscheine. Ein Vorschlag Benzelos, die Großmächte müßten zusammen mit den Kleinstaaten den fraglichen Abschnitt unzerlegt abhändigen, wurde angenommen und eine zufriedenstellende Einigung erreicht.

Die Schuldfrage.

Auf den Schuldbericht der Alliierten über die Urheber des Krieges hat die deutsche Kommission geantwortet. Die deutsche Politik wird im einzelnen behandelt und dann gesagt: Den Weltkrieg hat Deutschland nicht gewollt. Die deutsche Regierung galt mehr als 50 Jahre lang für die Vorläuferin des Friedens. Eroberungspläne lagen den deutschen Staatsmännern fern, dagegen war die Absicht der führenden panslawischen Kreise Rußlands ohne Krieg nicht erreichbar. Diese friedensfeindlichen Elemente haben in den entscheidenden Tagen ihren Willen durchgesetzt. Wäre von London und Paris ein ebenso starker Druck auf Petersburg ausgeübt worden, als von Berlin aus, so wäre nach Ansicht der deutschen Kommission der verhängnisvolle Schritt unterblieben. Was die Verletzung der belgischen und luxemburgischen Neutralität anbelangt, so sieht die Kommission vollkommen auf dem von Bethmann am 1. August unter dem Befehl des Reichstages eingenommenen Standpunkt, daß es sich um ein wiedergutmachendes Unrecht handelt, und bedauert den Versuch einer nachträglichen Rechtfertigung des Einmarsches. Nur als einen Verteidigungskrieg gegen den Zartismus habe das deutsche Volk und auch die Sozialdemokratie 1914 den Kampf einmütig aufgenommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die alten Kriegshelden.

Die deutschnationale Fraktion der Nationalversammlung nimmt in einer Erklärung zu den Gegenwärtigen der Regierung Stellung. Ihre Ausführungen atmen denselben Geist hochgradiger Unerschrockenheit, der die ganze alldeutsche Presse seit Jahren erfüllt. Die Leute, welche die unbestrittene Schuld an der jetzigen verzweifeltsten Lage Deutschlands tragen, erlauben sich, gegen all und jede Maßnahme der Regierung zu protestieren, die dieser Lage Rechnung trägt. Die deutschen Gegenwärtigen lassen sich nur erklären aus dem Bestreben der Regierung, mit den Gegenpartnern zu Verhandlungen zu kommen. Natürlich hätte die Regierung auch irgend einen Entwurf einreichen können, der alles enthält, was für Deutschland schön und angenehm gewesen wäre. Aber ein solcher Entwurf hätte bei Entente nur billigen Vorwand geliefert, über den deutschen Einspruch gegen ihre Forderungen zur Tagesordnung überzugehen. Die deutschnationalen aber übersehen diese Sachlage gescheitert und stellen an die Regierung das törichte Ansuchen, der Entente Gegenforderungen zu überreichen, die ohne weiteres in den Papierkorb gewandert wären. Nach ihrer Ansicht wäre es anscheinend richtiger gewesen, wenn Deutschland in Versailles noch schnell die flandrische Käse und das Erzbecken von Longwy-Stree gefordert hätte. Selbst gegen das Zugeständnis eines neutralen Gerichtshofes zur Aburteilung Wilhelms wird Protest erhoben. Der Sinn dieser Taktik ist klar: Die deutschnationalen wollen unter allen Umständen verhindern, daß es zu Verhandlungen kommt, sie propagieren die Ablehnung des Friedens um jeden Preis, eine Politik, von der die Reichsregierung sehr verständigerweise nichts wissen will. Die deutschnationalen „wollen nicht schuldig werden am Verderben Deutschlands!“ — Keine Sorge, das Gefährliche besteht nicht, denn wer am Verderben Deutschlands schuld ist, der kann es nicht noch hinterher werden. Und die Alldeutschen sind schuldig!

Reichsgesetz über den Friedensschluß.

Präsident Ebert äußerte sich einem Mitarbeiter der D. Allg. Ztg. über die politische Lage und führte zum Abschluß des Friedensvertrages aus:

„In der jetzigen Presse wird öfter die Meinung vertreten, daß bei Aufrechterhaltung der von der Entente vorgeschlagenen Friedensbedingungen das jetzige Ministerkabinett zurücktreten und durch andere zur Unterzeichnung bereit Männer ersetzt werden würde, sobald dann die Schwierigkeiten schnell behoben werden würden. Hierbei wird aber vergessen, daß nach unserer vorläufigen Reichsverfassung der Friedensschluß durch Reichsgesetz erfolgen muß, also durch Uebereinstimmung von Nationalversammlung und Staatsauschuss; die Nationalversammlung hat sich mit so erdrückender Mehrheit für den Standpunkt der Regierung ausgesprochen, der Staatsauschuss stellte sich einmütig auf diesen Boden, so daß ich mir nicht vorstellen kann, wie ein in dieser Frage anders denkendes Kabinett das nach der Verfassung normale Vertrauen der Nationalversammlung finden könnte. Ein anderes Kabinett wäre nur möglich, wenn die demokratischen Erzeugnisse der Revolution, aus denen die Nationalversammlung hervorging, beseitigt würden. Diefem Verlangen der Terroristen von links und rechts wird sich aber die große Masse unseres Volkes entgegenstellen; unser Volk wird entscheiden an der Demokratie und an seiner Selbstbestimmung festhalten.“

Die Verantwortung der Arbeiterräte in der Verfassung.

Artikel 57 der Reichsverfassung, in dem die Arbeiter- und Angehörtenräte verankert werden sollen, ist jetzt vom Verfassungsausschuss in seinem Wortlaut festgelegt worden. Danach bilden Arbeiter und Angehörte Betriebsräte, die zu Bezirksarbeiterräten und zum Reichsarbeitsrat nach Wirtschaftsbezirken zusammengefaßt werden. Alle diese Räte wirken an der Durchführung der Sozialversicherung und an der Wiederbelebung der Produktion mit. In Gemeinschaft mit den Unternehmern-Vertretern zu Wirtschaftsräten vereinigt, haben sie weitgehenden Einfluß auch auf die sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzgebung.

Die Grundlinien der Räteverfassung, wie sie für Deutschland paßt und den Anschauungen der Sozialdemokratie entspricht, sind damit vorgezeichnet. Sobald der Friede geschlossen ist, muß nun das Ausführungsgezet zu diesem Verfassungsparagraphe herauskommen, damit die neuen Arbeiterräte anfangen können zu arbeiten und zu wirken. Erst dann wird es möglich sein, eine geordnete Räteverwaltung zu schaffen. Damit eröffnen sich dann den Arbeiterräten auch die Arbeitsfelder im wirtschaftlichen und im wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Gebiet, auf denen sie Großes zu wirken berufen sein können.

Militaristische Annahme.

Aus Berlin wird berichtet:

Am Sonnabend fand eine interne Mitgliederversammlung der Zentralkasse für Einigung der Sozialdemokratie in Berlin statt. Nachdem sie etwa eine Stunde gebauert hatte, erschien ein Offizier mit mehreren Soldaten und erklärte die Versammlung, weil sie kommunistisch sei, für aufgelöst. Obwohl Eduard Bernstein Vorsitzender der Zentralkasse ist, ließ der Offizier nicht nach. Man verhandelte mit dem Polizeipräsidenten und der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade. Aber vergebens. Schließlich hatte der Offizier aber doch das Einsehen, die Versammlung nach zweiseitiger Unterbrechung weiter tagen zu lassen.

Dem „Vorwärts“ wird von zuverlässiger Seite gemeldet, daß Sonntag abend, als auf der Heerstraße im äußersten Westen Groß-Berlin eine Anzahl Menschen ruhig auf die Straßensperre warteten, plötzlich mit einem Auto 8 Mann der ehemaligen republikanischen Soldaten mehr, also kein Freiwilligenkorps, erschienen und ohne jeden Anlaß eine Schießerei begannen. Pöblich sank ein Mann, anscheinend tödlich in die Brust getroffen, zusammen. Die Soldaten behaupten, nur in die Luft geschossen zu haben. Der tödliche Schuß sei aus dem Walde gekommen. In einem nachfolgenden Auto kam ein Leutnant, der sofort die Bajonette aufzulassen ließ und Befehl zum rückwärtigen Rückzug gab. Der „Vorwärts“ fordert rücksichtsloses Eingreifen gegen derartige Verbrechen.

Wer sind die unverantwortlichen Auftraggeber?

Die Forderungen der Lazarettinsassen.

An ausländiger Stelle erfahren die V. P. N.: Von Vertretern der Lazarettinsassen Deutschlands wurde beim Kriegsministerium kürzlich eine Reihe von Forderungen (Erhöhung der Löhnung und des Verpflegungsgeldes, Zahlung von Feuerungszulagen, Weiterzahlung der Löhnung und des Verpflegungsgeldes bei Urlaub usw.) mit dem Antrage auf sofortige Bewilligung geltend gemacht. Bei der außerordentlichen Bedeutung der Forderungen in finanzieller Hinsicht ist es Pflicht der verantwortlichen Dienststellen, eine eingehende Prüfung vorzunehmen, ob und inwiefern die Forderungen mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reichs erfüllt werden können. Die Entscheidung wird bekannt gegeben werden, sobald die Prüfung beendet ist. Die jetzt verbreitete Nachricht, daß die Forderungen abgelehnt seien, entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

Die Leiche Rosa Luxemburgs

Scheint nach Berliner Meldungen jetzt gefunden zu sein. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde von einem unklaren Wachkommando eine Leiche im Landwehrkanal gefischt, in der man die Leiche Rosa Luxemburgs vermutet. Die Leiche wurde auf Veranlassung des Polizeipräsidenten in das Leichenschauhaus übergeführt und aufgebahrt. Im Laufe des Sonntags ist nun die Leiche der Frau durch ein militärisches Kommando aus dem Schauhaus entfernt und nach Jossen gebracht worden. Im Schauhaus erschien ein Leutnant und wies dem Leichendiener ein Schreiben vor, das vom Reichswehrminister Noske unterzeichnet war und das die Herausgabe der Leiche verlangte, um sie nach dem Garnisonlazarett des Truppenübungsplatzes Jossen zu bringen. Kriegsgerichtsrat Ehrhardt protestierte gegen diesen Eingriff in die gerichtlichen Befugnisse. Die Ueberführung soll stattgefunden haben, um politische Demonstrationen zu vermeiden.

Was hat Wilhelm vor?

Die „New-York Times“ will aus dem Haag erfahren haben, daß die Ueberstellung des früheren deutschen Kaisers aus Amerongen nach Deutschland bevorstehe und daß bereits Personen, die die Maßnahmen für die Rückkehr zu treffen haben, aus Amerongen abgereist seien. Es sei ein öffentliches Geheimnis, daß der Kaiser nicht in den Niederlanden bleiben werde.

Schwerer Zusammenstoß zwischen Militär und Arbeitern.

In Eberswalde kam es zu einem Konflikt zwischen Teilnehmern einer unabhängigen Versammlung und Soldaten, die dort vorübergehend einquartiert waren. Die Versammlungsteilnehmer umdrängten den Lagerplatz, die Soldaten verlangten Räumung und begannen schließlich zu schießen, wodurch aber niemand verletzt wurde. Darauf wurden sie entlassen und ihr Gepäck vollständig geplündert. Selbst die „Freiheit“ gibt zu, daß sie sich nur durch die Flucht dem Erschlagenwerden entziehen konnten.

Zur Flucht des Oberleutnants Vogel

wird amtlich folgendes mitgeteilt: Am 31. Januar d. Js. wurde der Waffenstillstandskommission für einen als Kurier reisenden Kurt Velsen ein sogenannter Dreiphasenausweis ausgestellt. Derselbe trägt keine Photographie und berechtigt lediglich zu einer Reise nach Spaan. Mit diesem Ausweis und einem vom Polizeipräsidenten Berlin, am 4. Mai 1919 nach Holland ausgestellten Vohs erhielt am 30. Mai bei der Poststelle des Auswärtigen Amtes ein Herr, der um Ausstellung eines Rückreisepasses nach den Niederlanden für Kurt Velsen bat. Der Pass war vorläufig mit Personalschreibung und einer Photographie des Inhabers und mit eigenhändiger Unterschrift versehen. Die Polizei hatte unter der Photographie bescheinigt, daß der Passinhaber tatsächlich die durch die Photographie dargestellte Person sei und die Unterschrift eigenhändig vollzogen habe. Ferner war die Photographie auch vorläufig abgestempelt. Auf Grund der vorgelegten Dokumente wurde dem Ueberbringer der Vermerk „Zur Erlaubnis der Ein- und Rückreise“ gegeben. Der holländische Grenzvermerk, ohne den die Einreise nach Holland unmöglich ist, erfolgte durch das holländische Generalkonsulat, ohne eine Bitte oder Mitteilung einer deutschen Behörde. Es ist festgestellt, daß das Polizeipräsidenten weder auf Velsen noch auf Vogel je einen Pass ausgestellt hat. Durch die sehr gefährliche Fälschung hat sich also sowohl der Beamte des Auswärtigen Amtes, wie das holländische Generalkonsulat täuschen lassen. Der Bericht der deutschen Gesandtschaft im Haag besagt, daß die Nachricht über den Ansehlich Vogel's unter dem Schutze der Gesandtschaft frei erlassen ist. Sobald genügend Unterlagen vorhanden sind, wird das Untersuchungsverfahren beantragt werden.

Zu diesen amtlichen Erklärungen in der Sache des Oberleutnants Vogel schreibt die „Freiheit“, daß auch der Kapitänleutnant v. Flugl-Hartung, der am 14. Mai freigesprochen wurde und bis dahin in Untersuchungshaft war, am 15. frühmorgens mit einem gefälschten Pass nach Dänemark abgereist sei.

Rußland.

Eine Neuordnung des Eisenbahnwesens nimmt der Volkskommissar Krassin vor, der früher Ingenieur bei Siemens in Berlin war. Jetzt ist das Verkehrswesen völlig zerrüttet und zum Teil stillgelegt. Die Schuld an diesen Zuständen schiebt Kr. dem häufigen Wechsel in den Verwaltungsformen und Verwaltungsorganen zu, was für das bolschewistische Wirtschaftssystem nicht schmeichlich ist. Jetzt sollen verantwortliche Einzelverwalter angestellt werden, die bisherigen Wahlen zu den Stellen fallen fort. Der Zentral-Verkehrsausschuss, die oberste Eisenbahnkommission, der Finanzausschuss und der Oberste Technische Rat sind nach diesem Plan nur beratende Organe. Kr. verlangt den alten technischen Apparat, an die Spitze jeder Werkstatt und Abteilung soll eine Person und kein Rat treten, weil das jetzige System ungeeignet und zu schwerfällig sei. Die Ernennung der mit dem Befehle ausgestatteten Kommissare erfolgt in den Bezirken, auf den Bahnen und den Knotenpunkten durch den Volkskommissar, der dabei die Vorschläge der Parteiorganisation und des Produktionsverbandes anhört. So vollzieht sich nach unsäglichen Opfern der Uebergang vom bolschewistischen ins Vernünftige. Ist der Uebergang ernst zu nehmen? Oder wird er ebenso auf dem Papier bleiben, wie so viele Dekrete der Moskauer Kommissare, auf die jeder andere Sowjet, mag er in nächster Nähe liegen, lustig pfeift.

Hierzu bemerkt der „Vorwärts“ mit Recht, daß diese russischen Erfahrungen nicht gegen die Einführung von Betriebsräten in Deutschland ausgenützt werden dürfen. Die deutsche Arbeiterschaft steht auf einer höheren Stufe volkswirtschaftlicher Erkenntnis als die russische. Allerdings wird sich das wirtschaftliche Rätesystem auch in Deutschland nur halten können, wenn es sich praktisch bewährt, und die Arbeiter werden darum darauf bedacht sein müssen, eine zweckentsprechende Auslese vorzunehmen. Sie müssen in den Betrieben Vertreter haben, die sich nicht nur durch radikal klingende Redensarten beliebt machen können, sondern die es auch verstehen, die Interessen der Arbeiter ernstlich wahrzunehmen, was nur unter Berücksichtigung der allgemeinen Produktionsinteressen möglich ist.

Frankreich.

Generalkstreik. Wie „Populaire“ meldet, beschloßen 18000 Bergleute des Departements Pas de Calais den Generalkstreik für Erhöhung der Löhne, Einführung des Achtstundentages und Verbesserung der Altersrenten. Die Arbeiter entschlossen sich, nicht wieder zur Grube zu fahren, bis die Forderungen durchgesetzt sind. Demselben Blatt zufolge droht der Generalkstreik aller Metallarbeiter im Pariser Gebiet. Die Bewegung, die gleichfalls die Einführung des Achtstundentages und höhere Lohnsätze bezweckt, scheint auf Mittelfrankreich überzugreifen. Aus demselben Grunde beabsichtigen auch die Angestellten aller Pariser Untergrundbahnen den Generalkstreik.

Rumänien.

Regelung der Judenfrage. Rumänien hat für die Regelung der Judenfrage die nötigen Schritte unternommen. Zukünftig kann die rumänische Nationalität erworben werden, wenn ein diesbezügliches formelles Erlauchen gestellt wird. 800000 Juden erhalten die rumänische Nationalität.

England.

Die Londoner Polizeibeamten haben mit 44539 gegen 4324 Stimmen beschlossen, in den Streik zu treten. Der Vollzugsausschuss des Polizeibeamtensverbandes gab jedoch bekannt, daß er die Forderungen ohne Streik bewilligt zu erhalten hofft und daß der Streik aus diesem Grunde bis nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht stattfinden wird.

Wirtschaftliches.

Deutsch-schweizerisches Wirtschaftsabkommen.

Das neue Wirtschaftsabkommen Deutschlands ist abgeschlossen und harret der Ratifikation. Die Vereinbarung ist auf die Dauer von sechs Monaten abgeschlossen und kann jederzeit auf einen Monat gekündigt werden. Deutschland hat der Schweiz n. a. monatlich 50000 bis 60000 Tonnen Ruhrkohlen, 250 Wagen Kalisalze und 125 Wagen Thomasmehl zu liefern. Die Gegenlieferungen der Schweiz bestehen in der Hauptsache in Lebensmitteln.

Valutafreit in Versailles.

Die Frage, ob bei den deutschen Lieferungen an die Alliierten der deutsche Inlandspreis oder der Weltmarktpreis maßgebend sein soll, hat die Verhandlungen wegen Holzlieferungen zum Scheitern gebracht. Auf Veranlassung der deutschen Waffenstillstandskommission fand diese auch für das angebahnte Schwellengeschäft mit Italien nunmehr abgebrochen worden. Sie dürften vor dem endgültigen Friedensschluß nicht wieder aufgenommen werden. Die deutsche Holzverhandlungskommission ist nach Deutschland abgereist.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 8. Juni.

Die Versammlung des Arbeiterrates, die morgen, Mittwoch abend, stattfinden sollte, muß wegen plötzlicher Verhinderung des Referenten ausfallen und auf den 26. d. M. verschoben werden.

Arbeiterjugend! Arbeitereltern!

Wohl niemand hat die Folgen des unglückseligen Krieges mehr zu spüren bekommen, als gerade die proletarische Jugend. Nicht nur, daß ihr die auch nur allernotwendigsten Nahrungsmittel entzogen wurden, sondern auch ihr geistiges Leben wurde geradezu vernichtet und große Mühe und Arbeit wird es kosten, um das wieder lebendig zu gestalten, was noch nicht ganz verloren ist. Die Arbeiterjugend hat sich in der Zwischenzeit eine Organisation geschaffen, die ihre Zufluchtsstätte in ihrer Not sein sollte, aber die Kriegszeit hat ihr die wichtigsten und arbeitsfähigsten Elemente entzogen und somit wurde jede fruchtbringende Jugendarbeit lahmgelegt. Aber auch durch diese Zeit hat sich die proletarische Jugendbewegung hindurch gerungen, denn sie stand auf festen Füßen und hatte ihre Ideen fest in sich verankert. Auch heute ist uns der Frieden noch nicht beschieden, daß die freie Jugendbewegung hat ihre Kräfte bereits neu gesammelt und ihren Weg zu neuem Leben beschritten.

Der Bezirk Mecklenburg-Lübeck hat nun den Entschluß gefaßt, für die Pfingsttage in unserer alten Hansestadt Lübeck einen Jugendtag zu veranstalten, zu dem alle dem Bezirk angeschlossenen Jugendorganisationen eingeladen sind. Es ist vorläufig getroffen für eingehende Befähigung alles Sehenswerten und Schönen, an dem unsere Stadt so besonders reich ist. Spiele und sonstige Veranstaltungen in angemessenem Rahmen sollen unseren Jugendfreunden den Aufenthalt verschönern.

Wenn sich alle — Jugend und Eltern des Profetariats — der Bedeutung dieses Jugendtages bewußt sind und mitwirken werden am Gelingen dieses Planes, dann wird das Fest nicht nur ein Freudentag sein, sondern auch ein Werktag für die Ideale der proletarischen Jugendbewegung.

An die Arbeiterkassen sei noch die besondere Bitte gerichtet, uns bei der Unterbringung der jungen Freunde zu unterstützen. Darum, wer nur irgend Platz hat, Schläfgelegenheit für ein oder zwei Jugendliche zu schaffen, und sie aufzunehmen gewillt ist, der möge uns seine Adresse mitteilen. Alle Mitglieder der freien Jugendorganisationen sowie das Parteisekretariat, Johannisstraße 52, sind jederzeit bereit, diesbezügliche Mitteilungen entgegen zu nehmen. Helft mit für den Jugendtag!

Der Bezirks-Jugendvorstand.
J. A.: Otto Passarge.

Die Bürgerkammer erledigte in ihrer gestrigen Sitzung eine ziemlich umfangreiche, zum Teil auch wichtige Tagesordnung. Zur Eingabe der Erwerbslosen wünscht Gen. Bromme eine sorgfältige Prüfung der Forderungen. Wenn es auch nicht berechtigt sei, die Unterstützung steuerfrei zu lassen, so sei doch erforderlich, daß alle Arbeitsstellen in den Büreaux usw. für die Arbeitslosen freigegeben würden. Auch wäre es vielleicht notwendig, kinderreichen Familien eine höhere Unterstützung zu gewähren. Genosse Kärner befragte die Eingabe von Anwohnern der Bauvereinshäuser in der Luisenstraße auf Kochgasversorgung. In einer weiteren Eingabe wird die Abschaffung der Klassen im Allgemeinen im Krankenhaus gefordert. Der Antrag des Sozialdemokratischen Vereins und des Gewerkschaftsartells betreffend Regelung des Handels mit Frühgemüse, Frühkartoffeln, Einfuhrung der Zwangswirtschaft für Eier usw. wird, wie alle Eingaben, dem Bürgerausschuß überwiesen. Schiemann (Dem.) wünscht, daß die Senatsvorlagen den Bürgerkammern früher zugestellt werden. Dr. Wittern (D.-M.) kritisiert sehr scharf das Senatsdekret, nach dem Kindern auf Antrag der Erziehungsberechtigten vom Religionsunterricht befreit werden können, weil dieses Dekret gegen das bestehende Unterrichtsrecht verstoße. Die Genossen Planitzker, Bromme, Dreger und Haut bitteten ihm die Antwort nicht schuldig. Sie betonten, daß es endlich Zeit würde, mit dem Gewissenszwang aufzuräumen. In anderen Städten hätte man schon seit Jahren ähnliche Bestimmungen eingeführt. Bei Punkt 3 „Herstellung einer Aufseherwohnung“ wünscht Gen. Große, daß bei der Errichtung von Wohnbaracken an der Fingelstraße den Anwohnern die Kleingärten nicht genommen werden. Zu Punkt 5 „Regelung der Stellung des Stadtbibliothekars“ tritt Gen. G. Schlers für bessere Besoldung der Angestellten bei der Stadtbibliothek ein und befragte die Anstellung des jetzigen Bibliotheksleiters in dem andern Amt. Bei Punkt 6 „Mittel für das Wohlfahrtsamt“ weist Gen. Kleinfeld auf die schlechten ungesunden Wohnbedingungen hin und wünscht, daß man möglichst einen Raum beim Wohnungsamt anstelle. Die Errichtung eines Fischmarktes haben wir bereits am Sonnabend besprochen. Wape (Dem.) regt an, den Platz für den Fischmarkt anstatt in Schlutup möglichst in Lübeck zu errichten. Vom Senat wurde dieses als undurchführbar erklärt. Beim Punkte „Schlachthofgebühren“ wird auf eine Anfrage des Gen. Bromme vom Senat erklärt, daß Hunde nicht zu Speise, sondern zu medizinischen Zwecken in geringer Zahl geschlachtet seien. Beschlossen wurde, das Wort Hunde aus dem Verzeichnis zu streichen. Der letzte Punkt „Mafnahmen in Travemünde“ rief eine lange Debatte hervor, an die sich die Genossen Hagestein und Haut beteiligten und die dazu führte, daß die Vorlage und alle dazu gestellten Anträge abgelehnt wurden. Auffallend war in der Sitzung, daß die Mitglieder des Senats nicht mehr, wie bisher üblich, im Braut und weißer Binde erschienen waren. Hoffentlich hat man diese alte Sitte nun für immer aufgegeben.

Zweck und Dienst der hiesigen Soldatenwehr. Uns wird geschrieben: Als im November 1918 der Umschwung in der militärischen und politischen Situation sich vollzog, war es in erster Linie der ungeheure militärische Zwang, und die damit verbundenen Maßregeln, welches die deutschen Männer zwang, dieses Joch abzuschütteln. Nur die älteren Genossen, die noch im Felde waren, erblühten auch hierin eine Befreiung des Profetariats in politischer Beziehung. Aus diesen Gründen erfolgte dann auch am 16. Dezember 1918 die Auflösung der hiesigen K. S.-W. durch den Soldatenrat. Da von den jungen Kameraden die politische Reise nicht zu verlangen und auch die Zuverlässigkeit im Zweifel gestellt war, so wurde die Wehr auch zum größten Teil aus verheirateten älteren Leuten zusammengestellt. Insbesondere wurden nur politisch und gewerkschaftlich organisierte eingestellt, um damit den Forderungen des Profetariats einen Rückhalt zu geben. War somit der Hauptzweck erfüllt, so stellte sich aber auch schon die Unzuverlässigkeit des hiesigen Regiments ein, indem die ihnen übertragenen Waffen teils in grober Weise vernachlässigt wurden. Aus diesem Grunde mußten denn auch nach und nach sämtliche Waffen, insbesondere die zum Schutze des Eigentums, abgenommen werden. Der Schleichhandel trieb immer tollere Blüten. Eine Bekämpfung desselben wurde durch die Fahndungskommission angestrebt. Viel mehr hätte sie erreichen können, wenn nicht die Reichsbestimmung hier einen Hemmschuh vorgegeben hätte. Ohne Weisung eines Kriminalbeamten darf nichts beschlagnahmt werden. Welche Nachteile hier mitunter dadurch entstehen, kann sich jeder ausmalen. Daß bei den Arbeitern wohl nur wenig vorhanden, ist wohl jedem klar. Wenn aber ein Kriminalwachmeister schon meint, man dürfe aber auch nicht überall hineinmarschieren, sondern man müßte auch dem Feingefühl der Leute Rechnung tragen, so können wir nur erwidern, daß uns der Hunger und das Elend unserer Brüder noch mehr schmerzt. Bedauerlich ist es, wenn man selbst von Genossen hören muß, daß die K. S.-W. ein Versorgungsinstitut ist. Wir haben uns hingegen stets als Rückhalt des Profetariats betrachtet.

Aufhebung der Blockade für den überseeischen Personenverkehr. Entgegen einer Meldung aus Berlin, wonach die Blockade für den überseeischen Personenverkehr aufgehoben sei, teilt die Generalvertretung des holländischen Lloyd in Hamburg mit, daß die Blockade nur nach den neutralen Ländern aufgehoben sei.

Kündigung von Angestellten. Eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 30. Mai bestimmt, daß bei Kündigungen von Angestellten nicht nur in der in § 9 der Verordnung vom 24. Januar vorgesehenen, sondern in allen Fällen der Angestelltenauswahl über die sonstige Angestelltenvertretung zur Mitwirkung herangezogen werden muß. Von dieser Begründung werden auch diejenigen Angestellten betroffen, deren Entlassung zum 31. Mai ausgesprochen worden war.

30 Kubikmeter Gas im Juni. Die nach der Bekanntmachung betreffend Einschränkung des Gasverbrauchs festgelegene Monatsmenge beträgt für den Juni 1919: 30 Kubikmeter.

Kündigungen vermieterter Wohnräume seitens des Vermieters. Ein rechtskräftiges Urteil, das vom Reichsgericht in Leipzig am 1. Juli ds. Js. ausgesprochen worden ist, hat die Kündigungen der Mieter in allen Fällen der Angestelltenauswahl über die sonstige Angestelltenvertretung zur Mitwirkung herangezogen werden muß. Von dieser Begründung werden auch diejenigen Angestellten betroffen, deren Entlassung zum 31. Mai ausgesprochen worden war.

Das Einigungsamt berechtigt, auf einseitigen Antrag des Vermieters oder Mieters mit bindender Kraft einen angemessenen Mietzins für eine Wohnung festzusetzen, falls Mieter und Vermieter sich nicht über den geforderten Mietzins einigen können.

Das Heranziehen nicht genügend ausgenutzter Wohnungen und Räume jeder Art zum Unterbringen Wohnungsuchender ermöglicht eine vom Demobilisationskommissar erlassene Verordnung. Der Erlaß ließ sich nicht länger umgehen, da die Wohnungsnot in unvermindertem Umfang fortbesteht, die übrigen Mittel zur Unterbringung Wohnungsuchender nicht den gemühten Erfolg gebracht haben und namentlich auch trotz Aufforderung des Demobilisationskommissars vom 18. Januar 1919 freiwillig entbehrliche Räume zur Unterbringung Wohnungsuchender nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt sind. Dafür, daß bei dem Vorgehen auf Grund dieser Verordnung nicht willkürlich verfahren, sondern auf alle billigen Umstände gebührend Rücksicht genommen wird, ist Sorge getroffen. Zunächst prüft der Wohnungs-nachweis, welche Wohnungen und Räumlichkeiten als zur Heranziehung geeignet in Betracht kommen. Gilt er eine Wohnung oder andere Räume für geeignet, Wohnungsuchende aufzunehmen, so beantragt er bei dem Einigungsamt eine Entscheidung über diese Frage. Das Einigungsamt prüft den Antrag des Wohnungs-nachweises und entscheidet nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung aller Umstände nach Anhörung des Besitzers oder Eigentümers, ob dem Antrag des Wohnungs-nachweises stattzugeben ist, gegebenenfalls in welchem Umfang. Um zu ermöglichen, daß einerseits die bereitgestellten Räume zur Unterbringung Wohnungsuchender in geeigneter Weise ausgebaut werden können, daß aber andererseits der Vermieter oder Eigentümer vor Schaden bewahrt bleibt, ist vorgesehen, daß der Staat zwar berechtigt ist, auf seine Kosten Ein- und Umbauten vorzunehmen, daß er aber zugleich verpflichtet ist, später auf seine Kosten den früheren Zustand wieder herzustellen. Die so getroffenen Maßnahmen, insbesondere aber die Bestimmung, daß das Einigungsamt darüber zur Verfügung zu stellen ist, ob Räume zur Unterbringung Wohnungsuchender zur Verfügung zu stellen sind oder nicht, lassen erhoffen, daß in einer Weise vorgegangen werden kann, die allen Beteiligten eingemessen gerecht wird. Auch dafür ist Sorge getragen, daß einerseits der Vermieter einen angemessenen Mietzins gezahlt erhält, andererseits aber der Mieter, als welcher der Staat auftritt, der seinerseits ihm geeignet erscheinende Wohnungsuchende in die freien Räume einweist, auch vor etwaiger Uebervorteilung seitens des Vermieters geschützt ist. Die Verordnung bestimmt nämlich, daß die Höhe der vom Staat dem Wohnungsinhaber zu zahlende Miete zunächst der freien Vereinbarung unterliegt, daß aber, falls eine Einigung nicht zustande kommt, das Einigungsamt auf Antrag eines der beiden Parteien den Mietzins bindend festsetzt. Selbstverständlich werden in erster Linie die großen und ausreichend ausgenutzten Wohnungen, die nach den Richtlinien der Anordnung des Demobilisationskommissars vom 18. Januar 1919 als nicht hinreichend ausgenutzt anzusehen sind, herangezogen werden. Auf Einzelräume in mittleren und kleineren Wohnungen wird vorzugsweise vor der Hand nicht zurückgegriffen werden brauchen. — Vor allem müssen aber etwa noch unbenutzt stehende Häuser, insbesondere auch in den Arbeiterkolonien zur Unterbringung Wohnungsuchender herangezogen werden, ebenso alle hier befindlichen Baracken, soweit sie zum Wohnen geeignet sind, aber noch nicht hierzu, sondern zu anderen Zwecken verwandt werden. Da die Verordnung Unterlassung der Meldepflicht unter Strafe stellt, empfiehlt es sich, die diesbezüglichen Bestimmungen genau zu beachten.

Fußball-Wettbewerb. Die Fußball-Abteilung des hiesigen Arbeiter-Turnvereins schlägt eine kombinierte Fußballmannschaft von Hamburg-Rothenburgsort und Hammerbrook nach schwerem Kampfe mit 2 : 1. Im letzten Sonntag fanden sich in Hamburg obige Mannschaften im Wettbewerb gegenüber. Es hatte sich zu diesem Spiele eine große Zuschauermenge eingefunden, ein Beweis, daß auch endlich in den Arbeiterkreisen mehr Sinn für diesen Sport entgegengebracht wird, welches leider hier in Lübeck noch nicht der Fall ist. Gleich nach Anstoß trat heideseitig ein scharfes und flottes Tempo ein, wobei die Hamburger mit Wind und Sonne spielend etwas im Vorteil waren und schon in der 10. Minute konnte Hamburg durch einen unhaltbaren Schuß die Führung übernehmen. Lübeck hatte sich schnell zusammgefunden und durch gutes Zusammenspiel der Verteidigung Hamburgs harte Arbeit berehend. Mit 1 : 0 für Hamburg ging es in die Pause. Nach Wiederbeginn wurde das Tempo sowie die Spannung der Zuschauermenge auf das höchste gesteigert. Der Sturm der Lübecker Mannschaft arbeitete ausgeglichen; dies wurde öfters von der Zuschauermenge durch handclafischen bestätigt. In der 12. Minute konnte der Mittelstürmer Lübecks einen tabellos geschossenen Schuß durch Kopfschlag verwandeln, und gleich darauf der halblinke Stürmer durch gutes Durchspielen das siebringende Tor für seine Mannschaft erzielen. Die Hamburger boten alles auf, den Sieg an sich zu reißen, da sie absolut mit einer Niederlage nicht gerechnet hatten; aber alle Angriffe wurden reiflos abgewiesen, wozu hauptsächlich der Torwächter beigetragen hatte, welcher sich heute in ganz besonderem Maße zeigte. Es endete mit einem Kampfe mit 2 : 1 für Lübeck. Die zweite Mannschaft der hiesigen Turner spielte am selben Tage in Hamburg gegen die 16-Mannschaft der Turner-Turnerschaft Bergedorf, wobei sie mit einer Pädung von 3 : 1 erledigt wurden. Ein schöner Kommerz in der Turnhalle in Rothenburgsort hielt die genannten Vereine noch einige fröhliche Stunden zusammen.

Die Volksküche verabsolte im Mai 2834 Portionen. An 31 Tagen pro Tag im Durchschnitt 1287 Portionen. Abends 8484 Portionen; Kinderessen 3931 Portionen und 8916 Tassen Kaffee.

Hamburg. Holzarbeiterstreik. Wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen sind die Holzarbeiter einer Reihe von Betrieben in den Streik eingetreten. In einer Versammlung der Ausständigen berichtigte Genosse Richter, daß noch 250 Arbeiter aus 13 Betrieben im Streik stehen. Für 1000 Arbeiter sind die Forderungen bereits bewilligt. Der Arbeitgeberschutzverband hat ferner die Erklärung abgegeben, bei den zentralen Verhandlungen für die Forderungen der Arbeiter: 40stündige Arbeitszeit bei einem Minimallohn von 2,75 M einzutreten. Infolge der Zusicherung empfahl die Ortsverwaltung die Wiederaufnahme der Arbeit. In der Aussprache erklärten sich die meisten Redner gegen die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit; die Arbeitgeber sollten sich erst verpflichten, die Forderungen zu bewilligen. Der Antrag auf bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit wurde abgelehnt. Es sollen weitere Verhandlungen mit den Arbeitgebern wegen Erhöhung des Lohnes angebahnt werden.

Hamburg. Beim Kentern eines Kanus ertrunken. Am Sonntag morgen näherte sich bei der Poppendücker Schleute ein mit zwei Personen besetztes Kanu zu sehr der ablaufenden Schleusenwehr, wodurch das Boot in den Strudel gezogen wurde. Ein Insasse konnte sich durch Schwimmen retten, wogegen der andere, mit Namen Wegner aus Lübeck, ertrank. Seine Leiche konnte geborgen werden. — In der Wohnung beraubt. In vorletzter Nacht drangen vier Personen gewalttätig in die Wohnung des Raumannes Schenk ein, legten ihm eine Pistole auf die Brust und raubten ihm seine Brieftasche mit 14 100 M., eine Zigarrentasche und einen Melde- und Waffenschein.

Hamburg. Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Ein Eisenhobler ist am Sonnabend im Eisen- und Bronzewerk tödlich verunglückt. Die Maschine, die gereinigt werden sollte, ist nicht abgestellt worden. Der Mann geriet mit den Füßen in einen Teil des Getriebes und wurde unter die Maschine gezogen, wobei ihm der Oberkörper sehr stark gequetscht worden ist. Schon auf dem Transport nach dem Krankenhaus ist der Verunglückte gestorben. — Der Streik der Postauskäufer ist beendet, die Arbeit wurde gestern geschlossen wieder aufgenommen.

Hamburg. Nach dem Genuß von Fischen erkrankten in der Wörthstraße der Arbeiter B. und Frau sowie ein Verwandter. Alle drei Personen mußten Sonnabendabend mit dem

Unfallwagen in das städtische Krankenhaus befördert werden. B. und Frau sind inzwischen an den Folgen der Fischvergiftung gestorben. — Wir warnen eindringlich vor dem Genuß von geräucherter Fische, die nicht frisch sind.

Parshim i. M. Am Sonntag, dem 1. Juni, fand hier eine öffentliche Gründungsversammlung der freien Jugendbergausschuss statt. Genosse Passarge hielt ein einleitendes Referat über Zweck und Ziele der freien Jugendbewegung und gab auf von der Versammlung gestellte Fragen Auskunft. Trotz des verhältnismäßig schwachen Besuches kann doch von einem vollen Erfolg gesprochen werden, denn bereits 31 Jugendliche meldeten nach Schluß der Versammlung ihre Mitgliedschaft an; für Parshim gewiß ein schöner Erfolg. So zeigt sich, daß auch in Mecklenburg die proletarische Jugendbewegung nicht fehlt, darum rufen wir auch hier unsere Jugendlichen zu: „Vorwärts!“

Parshim. Feuer im Gefangenenlager. Im Parshimer Kriegsgefangenenlager brannten aus bisher noch unermittelter Ursache die Bücherei, sowie die daneben liegenden Schuppen ab. Verschiedene Brote und Mehlvorräte fielen den Flammen zum Opfer.

Bremen. Mord und Selbstmord. Ein hiesiger Friseur-gehilfe und eine Arbeiterin aus Rosen nahmen in einem hiesigen Gasthof Wohnung. Bald nach Mittag, nachdem das Mädchen kurz vorher eine Postkarte erhalten hatte, wurden beide tot in dem von ihnen bewohnten Zimmer aufgefunden. Nach Lage der Sache hat der Friseurgehilfe die Arbeiterin und dann sich selbst erschossen.

Neueste Nachrichten.

Die rheinischen Hochoverräter.

Berlin, 3. Juni. Dr. Borchers (siehe Artikel) hat den Ministerpräsidenten im Auftrag der vorläufigen Regierung von der Republikgründung Kenntnis gegeben und mitgeteilt, auch dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Versailles und den Staats-oberhäuptern der okkupierten Ränder gleichzeitig die Proklamation notifiziert und die Erlaubnis zur sofortigen Vornahme der Wahlen zur rheinischen Landesversammlung, sowie die Zulassung von Vertretern der Regierung zur Friedenskonferenz beantragt wurde. Die Reichsregierung hat daraufhin den Oberreichsanwalt angewiesen, gegen Borchers und die übrigen Mitglieder der sogenannten Regierung der Rheinischen Republik das Verbot wegen Hochverrats zu eröffnen. Alle Umhandlungen der sogenannten Regierung des Herrn Borchers sind null und nichtig.

Montag mittag fanden in Ludwigshafen gewaltige Kundgebungen der Arbeiterklasse aller Großbetriebe statt. Im Anschluß daran wurde als Protest gegen die Ausrufung der Republik der Generalkonferenz verkündet, der gestern um 3 Uhr nachmittags in Kraft trat.

Dr. Dörten wurde zum Staatspräsidenten ernannt. Bist er von nun an der neuen Regierung unterstellt sei und Dörten zu gehorchen habe. Der Regierungspräsident von Meißner nahm daraufhin seinen Abschied.

Einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ aus Mannheim zufolge wollten Dr. Haas und seine Gefinnungsgenossen gestern vor mittag 10 Uhr in Speyer eine Rheinische Republik ausrufen. Die Empörung setzte sich auf die Landesverräter. Haas soll geschossen haben und wurde darauf verurteilt, daß er schwer verletzt vom Platze getragen werden mußte.

Infolge des allgemeinen Ausstandes in Mainz und Wiesbaden sind sämtliche Schulen und Geschlossen. Das Elektrizitätswerk arbeitet nicht. Die Straßenbahnwagen stehen still. Die Zeitungen haben ihre Erscheinung eingestellt. Die französische Militärverwaltung drohte für den Fall des Generalkonferenz die Aufhebung sämtlicher Post- und Verkehrsleistungen sowie die Abschaffung der Lebensmittelfuhr an.

Gefahr für Petersburg.

Berlin, 3. Juni. In einer Wochsicht an das ungarische Proletariat teilt, wie die Telegraphen-Union aus Wien meldet, Berlin mit, daß Petersburg vollständig umzingelt sei, so daß der Fall der Stadt unvermeidlich geworden ist. Der Verlust Petersburgs könne aber die Sache des Profetariats in Rußland nicht beeinflussen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion die Verantwortung gegenüber dem Publikum.)

Kleinwohnungsbaa.

Wäre es nicht angängig, die Kleinwohnungen mit elektrischer Beleuchtung zu versehen. Da ja der Kleinwohnungsbaa vom Staat ausgeführt wird und viel aus Arbeiterkreisen hervorgegangene Kräfte an maßgebender Instanz mitwirken und taten, bedarf es gewiß nur dieser Anregung. Es ist nicht notwendig, daran zu erinnern, daß es immer vor dem Kriege hieß, das beste und gemühtlichste Heim ist gerade für den Arbeiter gut genug. In Betracht kommt noch der Arbeitsmangel in der Installationsbranche. Die Tätigkeit dieses Gewerbes steigt und fällt mit der Bautätigkeit. Jedoch kam bis dahin nur der Billenbau in Frage. Es wird vielleicht gefagt, die Anlagen werden zu teuer. Aber im Fürstentum, z. B. in Godelsdorf und anderen naheliegenden Orten, findet man in der kleinsten Wohnung elektrisches Licht. Ist es denn hier nicht möglich? Zu einem solchen Bloß gehören 12—16 Wohnungen. Da würde doch ein Kabelanschluß genügen. Ein Teil der Installationskosten würde sich ausgleichen, da die Gasrohre für die Beleuchtung wegfallen. S. W.

Von der Kohlen- und Gasversorgung.

wird der Arbeiter und Kleinbürger am meisten betroffen, denn wer elektrisches Licht hat, ist im Vorteil. Man ist infolge der uns abgezogenen Kohlenmenge und des fast nie brennenden Gases nicht imstande, nach getaner Arbeit ein auch nur annähernd fertig ge-lichtetes Essen u. a. m. zu genießen. Können man nicht im Straßenbahnverkehr, bei Vergnügungs- und Tagfahrten mehr sparen, damit die ganze Ernährungsweise durch das zu Unrecht entzogene Gas und Heizungsmaterial nicht zu sehr leidet? Zum mindesten ist die Belieferung der Haushalte mit ausreichendem Gase oder mit Feuerung ebenso wichtig, wie Vergnügungs- und Spazierfahrten auf der Straßenbahn usw. und anderen Belustigungen wie Tanz, Theater, Kino und dergl. mehr. J. S.

Der Eisenber befindet sich in einem Jrrtum. Die Belieferung der industriellen Betriebe und der Straßenbahn mit Kohle resp. mit Kraft ist völlig unabhängig von derjenigen des Hausbrandes. Etwas anderes ist es mit den sonst angeführten Fällen. Wir hoffen aber, daß das Wirtschaftsleben recht bald aufsteigt, und damit die einschränkenden Maßnahmen verschwinden. Red.

Im Schneidergewerbe.

werden die weiblichen Lehrlinge häufig abgefunden. Meine Tochter erhält monatlich nur 5 Mark bei achtstündiger Arbeitszeit. Der Kontrakt lautet auf drei Jahre. Sollte bei den Wartungspreisen für Kleidung nicht etwas mehr für die Lehrlinge übrig sein? Im Schneidergewerbe ist es doch besser bestellt. Inständig gekleidet sollen sie doch auch gehen. Eine ratlose Mutter.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwarm. Druck: Friedz. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Dunkelst. Kinderwagen, gut. Klappst. Kinderwagen, etwas defekt, u. ein Kindertragstg. wie neu, billig zu verkaufen. (3007)

Casten,
Moislinger Allee 222,
bei der Vereinsbrauerei.

M. Knabenstrophhut für Gähr., 1 Wringmaschine (neue Walz.), zu verkaufen. (2989)
Seublitstraße 88, str.

1 m. Sommerhut, passend für jg. Mädchen, zu verk. (2991)
Friedrichstraße 43

Erklärung.

In der letzten öffentlichen Kommuniz. - Versammlung am 15. Mai 1919 behauptete ich, daß bei Herrn Senator **Mehrlein** während der Trauerwoche anlässlich des Gewaltfriedens ein Fest stattgefunden hätte, wobei 4 Musikanten gespielt haben sollten. Diese Behauptung von mir ist **total unwahr!** Wie ich mich jetzt überzeugt habe, ist davon kein Wort wahr. Ich nehme deshalb hierdurch meine Behauptung vollständig mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns zurück. (3021)

Hollm.-an, Hundestr. 14.

Dr. Heddinga

zurückgekehrt. 3011

Augenarzt 3022

Storbeck

verreist auf 14 Tage.

Zähne

mit und ohne Platte, spez. moderne Gold-Technik, Goldkronen, Brücken, Kronen, Umarbeitung schlechtester Gebisse. Schmerzlose Behandl.

M. Marcks, 56. (2986)

Foto-Atelier „IDEAL“

39 Breitestr. 39 3010

Liefert Silber und Postkarten in nur bester Ausführung.

12 Postkarten von 5 Mark an, Vergrößerungen nach jed. Bilde

Extra starke Hand-Blockwagen

3-8 Zentner Tragkraft. Karl Schulmerich 3009 Mühlenstr. 28.

Eischränke

58x46 cm, 75 cm hoch, einstufig	64x52 cm, 85 cm hoch, einstufig	65x52 cm, 90 cm hoch, 1 Butterkasten	77x61 cm, 90 cm hoch, einstufig	77x61 cm, 96 cm hoch, einstufig, 1 Butterkasten	95x52 cm, 90 cm hoch, zweistufig, 2 Butterkasten	110x60 cm, 96 cm hoch, zweistufig, 2 Butterkasten
95.-	125.-	150.-	150.-	195.-	225.-	275.-

Rudolph **Karstadt** Kom.-Gef.

China-Krepp

großes Sortiment, moderne Farben

100 Zentimeter breit

Meter:

29.75 35.50

Rudolph **Karstadt** Kom.-Gef.

Pa. Buchen- u. Kiefernholz

in rm, in Kloben gesägt, grob und feingespalten, liefert durch eigene Sägerei und Spaltvorrichtung frei Haus für den Winterbedarf 3009

F. W. Tietz, Pelzerstraße 24. Fernruf 943

Torf

bieten an

Piehl & Fehling,

Mühlenstr. 48.

Fernsprecher 1033 u. 968.

Brennholz

Buchen
Eichen
Birken
Tannen
und
Kiefern

in Kloben gesägt u. zerkleinert

frei Haus

bieten an

2994

Piehl & Fehling

Mühlenstraße 48.

Fernsprecher 1033 u. 968.

Einigungs-Versammlung

erschließender, wahrer Sozialisten aller drei Richtungen!

Am Mittwoch, 4. Juni, abends 7 Uhr,

im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses. (3020)

„Der Ernst der Zeit verlangt zahlreiches Erscheinen aller Sozialisten.“

Güterk. Kollegen der S. D. G. aller 3 Richtungen.

Achtung!

Deutscher Bauarbeiter-Berband.

Bezirksverein Lübeck.

Versammlung

aller im Erd- und Tiefbau beschäftigten Arbeiter

am Donnerstag, dem 5. Juni, abds. 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Lender, Hundestr. 41.

Tagesordnung:

Berichterstattung über die Festgefundenen Verhandlungen für das Tiefbaugewerbe.

3020)

Der Zweigvereinsvorstand.

Kolosseum

Mittwoch, den 4. Juni:

Großer Ball.

Anfang 6 Uhr.

(3023)

Heinrich Ohde.

J. Rosehr, Uhrmacher,
Al. Kiejan 20. (3025)
Reparaturen u. Verkauf
von Uhren. 3039)

Verband der Fabrik-
arbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Versammlung
sämtlicher in d. Fisch-
industrie in Lübeck
beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen

am **Mittwoch, dem 4. Juni,**
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“

Tages-Ordnung:
Berichterstattung von der Ver-
handlung betreffs der Lohnauf-
besserung mit dem Arbeitgeber-
bund.

3026) Bis Ortsverwaltung.

Luisenlust.
Morgen:
Großer Ball.

Volks-Kino
Bürgerverein, Königstraße 25

Infolge der großen Nachfrage bleibt das Programm bis einschließlich Donnerstag, dem 5. Juni, auf dem Spielplan.

Der Jäger von Fall.

Jäger-Drama aus den bayerischen Bergen von Ludw. Ganghofer.

Der Werwolf.

Luftspiel in 3 Akten.

Goldene Fliege.

Drama in 4 Akten.

METROPOL.
Ab Freitag, den 30. Mai bis Donnerstag, den 5. Juni:
Ein Filmwerk der Kinematographie, welches in allen Städten u. r.
ausverkauft Häuser brachte. (3012)

Die Prostitution.

Sozialhygienisches Filmwerk in 1 Vorpiel und 6 Akten.
Mit wissenschaftlicher Unterstützung von Sanitätsrat
Dr. Magnus Hirschfeld.

Hauptrollen: Werner Krauss und Rita Clermont.
Vorführung um 4, 6 und 8 Uhr.

Deutscher
Transportarbeit.-Verb.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung

der

Castadienarbeiter

am Mittwoch, dem 4. Juni,

abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Innere Verbandsangelegenheiten

Zahlreiches Erscheinen der

Kollegen ist dringend notwendig.

3024) Die Ortsverwaltung.

Reichsbund der
Kriegsbeschädigten, Kriegs-
teilnehmer u. Kriegshinter-
bliebenen

Sitz Berlin. Ortsgruppe Lübeck

Hinterbliebenen-
Mitgliederversammlung

am Mittwoch, dem 4. Juni,

abends 7 1/2 Uhr,
in der Aula des Johanneums.

Bezirk Travemünde.
Mitgliederversammlung

am Donnerstag, dem 5. Juni,

abends 8 Uhr,
im Restaurant „Antolischen“.

In beiden Versammlungen
ist das Erscheinen aller Mit-
glieder erforderlich.

Sehr wichtige Tagesordnung.
Neuaufnahme vor der Versamm-
lung.

Mitgliedskarte legitimieren.
3023) Der Vorstand.

Gesellschaftshaus Marii

3036 Morgen Mittwoch:

Grosser Ball.

HANSA
THEATER

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Das sensationelle Militär-
Ausstattungsstück!

„Krone
und
Fessel!“

1. Teil.

Die Letzten d. Strachwitz.

2. Teil. 3002

Der Verlobungsabend.

Das Kriegsgericht.

3. Teil.

Die Flucht.

„Alles in Ordnung!“

4. Teil.

Die große Vergeltung.

Donnerstag) So'n Windhund

Freitag

Stadthallen-Theater

Lübeck. 3015

Dienstag, den 3. Juni,
Anfang 7 1/2 Uhr:

Die geschiedene Frau.

Operette in drei Akten von
Leo Fall.

Mittwoch, den 4. Juni
nachmittags 4 Uhr:

Großes Konzert

Abends 7 1/2 Uhr:
Flachmann als Erzieher

Donnerstag, den 5. Juni,
Anfang 7 1/2 Uhr:
Filmzauber.

Freitag, den 6. Juni:
**Als ich noch im
Flügelkleide.**

Der Parteivorstand zu den Vorgängen in Lettland.

Der Parteivorstand schreibt uns:
Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich in seiner Sitzung vom 30. Mai 1919 mit den Veröffentlichungen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands und des Genossen P. Seja, des lettischen Vertreters auf den Konferenzen in Bern und Amsterdam befaßt. Der Parteivorstand beschloß, die Regierung um eine schnelle Nachprüfung der in dem Schreiben der lettischen Partei aufgestellten Behauptungen zu ersuchen und dringend zu fordern, daß schon vor Beendigung dieser Untersuchung die Mitglieder des Volksrats, d. h. der lettischen Regierung enthaftet werden, falls das inzwischen noch nicht geschehen sein sollte. Unter den Verhafteten befinden sich auch die lettischen Genossen Bujkewich, Mendel und Rubewich. Der Parteivorstand hat weiter die Abberufung des verantwortlichen Chefs des dortigen Militärgouvernements, des Grafen v. d. Goltz, sowie all der Offiziere verlangt, die sich nachgewiesenen Uebertretungen gegenüber der rechtmäßigen lettischen Regierung zuschulden kommen ließen. Endlich fordert der Parteivorstand, daß jede Verbindung der im Baltikum stehenden deutschen Truppen mit der baltischen Landeswehr, dem Organ der reaktionären Claque Lettlands, sofort und in jeder Beziehung gelöst wird. Der Parteivorstand erwartet, daß die deutsche Regierung der Entente gegenüber nachdrücklich darauf bestcht, daß die deutschen Truppen aus den zu dem früheren Russischen Reich gehörigen Gebieten zurückgezogen werden. Der Parteivorstand, der bereits am 14. Mai dem internationalen sozialistischen Bureau in Amsterdam seine Auffassung über diese Vorgänge dargelegt hatte, hat sich jetzt erneut dorthin gewandt und daselbe ersucht, bei den Ententeregierungen darauf hinzuwirken, daß diese ihren Widerstand gegen die Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Baltikum aufgeben.

Den lettischen Genossen gegenüber, die nach einem teilweise in Nr. 254 der „Freiheit“ veröffentlichten Aufruf an das deutsche Proletariat behauptet haben, daß alle von den Vertretern unserer Partei auf den Konferenzen in Bern und Amsterdam abgegebenen Erklärungen unwahr und bewiesene Lüge sind, stellt der Parteivorstand fest, daß die am 30. April 1919 in Amsterdam dem Genossen P. Seja durch die Genossen Müller und Wels gegebene Erklärung (siehe „Vorwärts“ vom 4. Mai 1919) nach wie vor zu Recht besteht. Wenn trotzdem gegen die Genossen Müller und Wels von lettischer Seite öffentlich der Vorwurf verbreitet wird, daß sie bewiesene Lügen verbreitet und das Vertrauen der Internationalen gewissenslos mißbraucht hätten, so verbitten sich diese in aller Freundschaft solche unverschämten Redensarten.

Berammlung der Lübecker Bürgerschaft.

Beginn 6 Uhr. Vorsitz: G. Ehlers.
Bromme nimmt Stellung zu der Eingabe der Erwerbslosen und deren Forderungen. Nicht berechtigt erscheine ihm die Steuerbefreiung, berechtigt aber die Freimachung von Stellen in Bureaus und Kontoren. Wenn auch die Forderung einer Unterstützungserhöhung um 25 Prozent wieder Lohn erhöhungen nach sich ziehen würde, so müsse doch mit Rücksicht auf die teuren Auslandslebensmittel geprüft werden, ob sie nicht kinderreichen Familien zugute kommen soll. Er beantragt Ueberweisung an den Bürgerausschuß, was angenommen wird.
Der Ausschuß der Ortskrankenkasse wünscht die Klasseinteilung im Krankenhaus abgeändert. Bromme hat aus finanziellen Gründen Bedenken, weil dadurch bei den Wohlhabenden eine Abwanderung in Sanatorien stattfinden und die ärztlichen Korpskörper verloren gehen. Im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit müsse der Antrag geprüft werden. Er beantragt Ueberweisung an den Bürgerausschuß. Dies wird beschlossen.
Die Anwohner des Bauvereins in der Luisenstraße wünschen Zuzahlung von Kochgas. Körner (Soz.) begründet diese Eingabe und erhebt sie zum Antrag. Er fordert im Interesse

der kinderreichen Familien jener Häuser, daß die Kochgasgelegenheit sofort geschaffen wird. Damit werde nur einer Reichsdorschrift nachgekommen, wonach für neuerrichtete Wohnungen dieselbe Vorschrift gelte wie für alte Gasabnehmer. Der Antrag von Körner wird dem Bürgerausschuß überwiesen.
Weiter sind eingegangen eine Eingabe der Arbeiter der Banbehörde über zweckmäßige Kleingartenbewirtschaftung und des Sozialdemokratischen Vereins und des Gewerkschaftsartells über die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft bei Eiern und Maßnahmen zur Erreichung erschwinglicher Preise für Frühl Gemüse und Frühlartoffeln. Die Eingabe wird auf Antrag Bromme dem Bürgerausschuß überwiesen.
Aus Moorgarten ist eine Eingabe über Wege- und Straßenverbesserung eingegangen.
Schiemann (Dem.) fordert rechtzeitige Zuzahlung der Vorkosten für die Bürgergesellschaften. In einer längeren Aussprache wird weitgehendste Besserung zugesagt.
Der Senat gibt ein Dekret bekannt, nach dem die Ober Schulbehörde verzögert hat, Kinder auf Antrag der Eltern vom Religionsunterricht zu entbinden, ohne daß ein Ersatzunterricht geordert werden kann.
Dr. Wittern (Deutschn.) wendet sich gegen diese Maßnahme, die eine Gesetzesverletzung in sich schließt. Die Bürgerschaft dürfe sich eine solche nicht gefallen lassen. Die Konsequenzen seien unermesslich.
Senator Kulenkamp erklärt, daß es sich um eine zweckmäßige Maßnahme handle, die auch die Lehrerschaft gutgeheßen habe. Von Seiten der Eltern seien ebenfalls viele Anträge um Befreiung eingegangen.
Plantzhafer (Soz.) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß endlich mit einem Gewissenszwang und Ausnahme gesetz ausgeräumt werde. Zu fordern sei von der Ober Schulbehörde eine Anweisung an die Schulleiter und Lehrer, daß es nicht gestattet sein dürfe, irgend welche Einwirkungsversuche zu unternehmen.
Schiemann (Dem.) wendet sich gegen das Senatsdekret und fordert Beschlußfassung der Bürgerschaft über diese wichtige Vorschrift.
Dr. Wittern (Deutschn.) fordert Einhaltung der Gesetze, die hier verletzt würden. Zweckmäßigkeit dürfe nicht maßgebend werden. So eilig sei die Maßnahme denn doch nicht.
Dr. Meyer-Vilcken (Dem.) bedauert den Anlaß zu derartigen Auseinandersetzungen. Als Jurist müsse er erklären, daß der Senat nicht gesetzmäßig gehandelt habe. Wenn es heute bei diesem Gesetze geschehe, könne es morgen an anderen ebenfalls vorkommen.
Reimpell (Dem.) möchte gewisse Einwirkungsversuche des Schulleiters den Eltern gegenüber aufrechterhalten wissen.
Bromme (Soz.) steht in dem Dekret keinen Präzedenzfall. Der Religionsunterricht werde dadurch nicht aus der Schule entfernt, sondern nur der Zwang an seiner Teilnahme. Darüber brauche man sich nicht aufzuregen.
Dreger (Soz.) erklärt, das bisherige Gesetz sei unmoralisch, weil es Menschen zu einer Sache zwingt, bei der sie nicht mit dem Herzen dabei sind. Die Entrüstung der einzelnen Redner sei unangebracht. Herr Dr. Wittern sei früher auch für Gesetze eingetreten, die die Arbeiterschaft entrechteten, so z. B. beim Wahlrecht.
Haut (Soz.) hebt hervor, diese Aufhebung des Gewissenszwanges hätte längst durchgeführt werden müssen. Doch hätte er den begangenen Weg für bedenklich. Das Ganze hätte der Bürgerschaft zur Beschlußfassung vorgelegt werden müssen.
Dr. Wittern (Deutschn.) widerspricht dem Vorwurf, er habe sich an Gesetzesverletzungen beteiligt.
Damit schließt die Aussprache.
1. Antrag: Änderungen in den Beamtenstellen der Tiefbauabteilung der Baubehörde.
Ambrosius (Dem.) fordert im Namen seiner Fraktion Kommissionsberatung. Der Redner geht auf Einzelheiten ein und streift auch die ungleichmäßige Gehaltsstaffelung bestimmter Beamtenstellungen.
Nach einigen Mitteilungen Plantzhafer (Soz.) über das unzureichende Herausgreifen einzelner Beamtenstellen aus der Neuordnung wird Kommissionsberatung beschlossen.
2. Antrag: Mittel zur Wiederaufnahme des Waldschulbetriebs. Der Antrag wird angenommen.
3. Antrag: Herstellung einer Aufseherwohnung im Schuppen des städtischen Lagerplatzes am Kanal.
Grosche (Soz.) kritisiert die Begnähmung von Gartenland seitens des Staates zum Barackenbau. Man hätte hierzu sehr gut anderes Land verwenden können, statt es den kleinen Leuten wegzunehmen. Die Wohnungsfrage sei gewiß brennend; nicht minder wichtig sei aber die Ernährungsfrage. Hier wurden viele Familien des Gartenlandes beraubt, das zu ihrer Ernährungsverbesserung notwendig sei.

Vom Senat werden die Einwände für berechtigt erklärt und Erfüllung der Wünsche weitmöglichst zugesagt.
Der Senatsantrag wird angenommen.
4. Antrag: Mittel für die Kleinkinderschulen und Krippen sowie für die Speisung schlecht ernährter Schulkinder.
Hargus (Dem.) wünscht eine Beihilfe für die Kleinkinderschule in Tranemünde.
Ambrosius (Dem.) regte eine Vertretung des Jugendamtes bei der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit an.
Dreger (Soz.) fordert genügende Bezahlung für die Kindergärtnerinnen.
Der Senatsantrag wird angenommen. Das Ersuchen von Hargus findet gleichfalls Annahme.
5. Antrag: Neuvergebung der Stellung des Stadtbibliothekars. G. Ehlers macht darauf aufmerksam, daß es 42 Jahre gedauert habe, bis diese Regelung stattfinden. Die Stellung müsse von einem Vorkandidaten besetzt werden. Dazu sei der viele Jahre in der Stadtbibliothek erfolgreich tätige Herr Wohler sehr gut geeignet. Die Bezahlung der Hilfsbibliothekare, akademisch gebildete Leute, sei heute völlig unzureichend. Zudem seien sie noch nicht einmal fest angestellt. Das müsse abgeändert werden. Ein akademisch gebildeter wissenschaftlicher Hilfsarbeiter erhalte nur knapp 2000 Mark. Einen Ausbau der Bibliothek dürfe man nicht aus dem Auge verlieren.
Ambrosius (Dem.) scheidet die Frage einer Verbindung des Staatsarchivs mit der Stadtbibliothek an. Für die Leitung der letzteren komme nur ein Akademiker in Betracht, wobei die Kriegsverletzten vorzugsweise berücksichtigt werden müßten. Redner stellt einen dementsprechenden Antrag.
Der Senat billigt, ihn in der Wahl des Bibliothekars nicht zu beengen. Die Gehaltsfrage der Hilfsbibliothekare werde wohlwollend geprüft.
6. Ehlers (Soz.) hält den Antrag von Ambrosius trotz der notwendigen Unterstützung der Kriegsverletzten, in dieser Form für bedenklich. Herr Wohler sei ein ebenso guter Redner in Bibliothekfragen wie ein anderer Akademiker.
Dr. Wittern (Deutschn.) findet eine Beschlußfassung der Bürgerschaft über die Bezahlung von Beamtenstellen für bedenklich. Dies sei Sache des Senats.
Der Senatsantrag mit dem Zusatz „mit Bibliothekarerlicher Ausbildung“ wird angenommen. Das Ersuchen von Ambrosius über die vorzugsweise Berücksichtigung von Kriegsverletzten wird abgelehnt.
6. Antrag: Weitere Mittel für das Wohlfahrtsamt.
Kleinfeld (Soz.) empfiehlt schnelle Tätigheit des Wohlfahrtsamtes, um dem allgemeinen Wohnungsbedarf entgegenzutreten. Dies zeige sich auch bei unseren „berühmten“ Gangwohnungen. Statt des Regierungshauses sollte man einen praktischen Sachmann anstellen, der Erfahrung und soziales Verständnis für die Wohnungsbedürfnisse der ärmeren Bevölkerung zeige. Das Wohlfahrtsamt dürfe nicht bürokratisiert werden.
Der Senatsantrag wird angenommen.
7. Antrag: Einführung von Vorkaufgebühren beim Schlachthof.
Bromme (Soz.) fragt, wie viele Hunde hier geschlachtet wurden.
Senator Dimpfer: Während des Krieges sind drei Hunde geschlachtet worden. Vor dem Kriege etwa jährlich einer. Das Fett würde für Übergangsische zu medizinischen Zwecken verwendet, die es bei Augenkrankheiten benutzten.
Bromme (Soz.) und Haut (Deutschn.) fordern die Streichung des Wortes „Hunde“.
Der Senatsantrag wird mit der Änderung angenommen.
8. Antrag: Errichtung eines Fischmarktes in Lübeck.
Dr. Wallroth (Dem.) geht auf die allgemeine Bedeutung der Vorlage ein. Der Fischverbrauch sei gemachsen und werde bei der Fleischknappheit weiter steigen. Die Fischerei in der Ostsee würde in Lübeck einen guten Zentralpunkt finden, die Fischdampfer würden Lübeck gern anlaufen. Die Vorlage sei nur zu begrüßen.
Aug. Bape (Dem.) verweist auf die Konsequenzen dieses Antrags und fordert die Einsetzung einer Bürgerkommission zur Prüfung für die definitive Festlegung des Marktes. Der Hauptwert liege bei den Fischhändlern und nicht bei den Fischweibern. Deshalb sei der Markt in Lübeck vorzuziehen.
Senator Dimpfer erklärt, über die endgültige Verlegung nach Schluß der monatelangen Verhandlungen mitgeteilt zu werden. Der Lübecker Platz reiche nicht aus. Eine Bürgerkommission sei ganz zweckmäßig.
Baubirektor Leichtweiß hält es nicht für zweckmäßig, die Plätze auf der Wallhalbinsel den Fischweibern wieder wegzunehmen. Der Platz müsse so gewählt werden, daß er im geeigneten Fall ausgebaut werden könne.

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fr. Rißel-Mainz.

16. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
Das stille, mit Birnen am Rande bewachsene, mit einem grünlichen Schimmer überzogene Gewässer lag jetzt vor ihm; an der Stelle, wo sich immer größer werdende Ringe auf der Oberfläche bildeten, mußte Dörchen ihr Vorhaben ausgeführt haben. Ohne sich zu beunruhigen, sprang der Mann in die kühle Flut, die ihm bis zum Halbe reichte und griff nach allen Seiten in die Tiefe. Ein bläulicher Schimmer zeigte ihm die Stelle an, wo die Lebensmüde versunken war — hastig tauchte er unter, erfaßte glücklicherweise das Kleid und zog den Körper in die Höhe. Im Nu hatte er wieder das Ufer erstiegen, die Bewußtlose auf das Moos des Waldes gebettet und sofort damit begonnen, Wiederbelebungsversuche anzustellen, wie er solche während seiner Militärdienstzeit gelernt hatte. Da er mit seiner stämmigen Gasse die Tochter fast erreicht hatte, als sie den unglücklichen Sprung tat, so daß sie sich nur während des Bruchteiles einer Minute unter Wasser befunden hätte, so waren seine Bemühungen bald von Erfolg begleitet. Mit einem wehen Klagelaut öffnete Dörchen die Augen, schloß sie aber sofort wieder entsezt, als sie das von Wasser triefende Antlitz des Vaters erblickte und suchte sich emporzurichten. Ein eisener Druck auf ihre Arme und eine drohende Gebärde des Alten hielten sie zurück.
Jetzt kam von allen Seiten das Gesinde herbeigelaufen, voran die stämmige Rückenmagd, um entsezt die Hände über dem Kopf zusammenzuschlagen, als sie die Gruppe auf der Waldwiese gewahrte. Doch Gottfried Lamprecht ließ ihr nicht lange Zeit, zu jammern und zu klagen; sofort mußte das Mädchen beschliffen sein, die der Blut Entschlossene nach dem Dorfe zurückzuführen. Als die den Waldbrand erreicht hatten, kam ihnen Mutter Christiane, trockenheit vor Angst und leuchtend vor Anstrengung entgegengekommen. Beim Erblicken der von ihrem Mann und der Magd geführten Tochter, riß dieselbe leidenschaftlich an sich, bedeckte das Gesicht des Mädchens mit Küßen und ließ ihren zurückgefallenen Tränen freien Lauf, einmal über das andere Mal ausrufend:
„Kind, wie kannst du uns so was antun? Wie kannst du uns so was antun?“
Aber auch ihr ließ Gottfried Lamprecht keine Zeit, über das Vorgefallene Worte zu verlieren, vielmehr drängte er darauf, daß er sowohl wie die Tochter so rasch wie möglich die Kleider wechsle, da die immerhin schon kühle Temperatur sonst üble Folgen des unvorhergesehenen Bades erwarten ließ. Am Hause angekommen,

schickte der Bauer die sämtlichen Diensthofen mit der strengen Weisung weg, über das Vorgefallene keine Silbe gegen irgend jemand zu erwähnen, dann trat der gewaltige Mann auf die Schwelle und mit abwehrender Gebärde die Hand gegen die schluchzenden Frauen ausstreckend, sagte er mit fester Stimme:
„Führe das Mädchen zur God, Mutter! Die Schwelle betritt sie nit mehr!“
„Gottfried, um Himmelswille!“ schrie die Frau in wieder erwachendem fürchtbaren Schreden auf. „Noch allem, was geschehe is, stößt du bei Kind von dir?“
„Was ich gesagt habe, habe ich gesagt.“ war die in dröhnendem Ton gegebene Antwort des Mannes. „Ich hab laa Kind mehr! Vor mei Auge darf sie nit mehr kumme! Unner meim ehrlische Dach soll die Schand nit herberge!“
„Gottfried sei nit hart!“ jammerte die gequälte Mutter. „Nimm dei Wort zurück! Denk an mich, an dich un an den arne Worm do! Siehst du dann nit, wie sie zittert? Wißt du sie dann in den Dod jage, jetzt, nochdem du sie kaum vom Dod gerrett hast?“
„Ich kann nit, Mutter, un wenn du mir das Herz aus dem Leib reißt, ich kann nit!“ — man hörte der Stimme des Mannes die innere Qual an. „Mach e End, quäl mich nit! Mei Schwelle betritt sie nit mehr!“
Schon bei den letzten Worten der Mutter hatte sich Dörchen zum Gehen gewendet und verfolgte mit wankenden Schritten den Fußpfad, welcher rechts von der Straße abzuweichen, hinter den Gärten des Dorfes hinlief. Eilig folgte ihr die Mutter, um sie zur God, der vermittelnden Schwester ihres Mannes, zu geleiten und mit der guten Alten zu beraten, was nun weiter in dieser unglückseligen Angelegenheit zu tun sei.
Gottfried Lamprecht stand noch einen Augenblick auf der Schwelle seines statlichen Hauses und schaute mit düsteren Blicken den beiden Frauengehalten nach. Dann redte sich seine mächtige Gestalt hoch empor — ein schwerer Atemzug entrang sich seiner Brust und mit festen Schritten trat er über die Schwelle. Krachend fuhr die Türe hinter ihm in das Schloß.
7.
Quälende Reue.
Die Schwester Gottfrieds Lamprechts, Frau Dorothea Reuter, genannt die „God“, klinkte leise die Türe der Krankenküche auf und sah nach dem Bette, in welchem Dörchen Lamprecht in ruhigem Schlummer lag.
„Gott sei Dank!“ flüsterte die gute Alte, „sie schläft, do wern wir doch endlich überm Berg drüber sein!“ Und aufseugend fuhr sie sich mit der Hand über die faltige Stirne und trat in das Wohnzimmer zurück, wo sie sich, einen Strickstrumpf aus dem

Arbeitskorb nehmend, niederkniet und sinnend in den verschneelten Garten schaute. Die Winterjonne lugte durch die blankgeputzten Fensterstüben und warf so grelle Reflexe von der blendend weißen Schneefläche draußen in den traulichen Raum, daß die alte Frau gezwungen war, in den Schatten der Wand zu rücken, und während ihre fleißigen Hände rahllos Malice an Malice reiften, ließ sie die aufregenden Begebenheiten der letzten Monate nochmals an ihrem Geiste vorüberziehen.
Das war eine unglückselige Geschichte gewesen mit ihrem lieben Godchen, dem Dörchen! Wochenlang hatte das arme Kind in Lebensgefahr geschwebt, nachdem es damals — in seiner zweifelhaften Hand an sich hatte legen wollen, und nur seiner unverwundlichen Jugendkraft verdankte es das Mädchen, daß es dem Tode entzissen wurde. Trostlos hatte der alte Doktor das Haupt geschüttelt und hatte erklärt, daß die Kranke, wenn nicht ein Wunder geschehe, rettungslos verloren sei. In ihrer Verzweiflung war die Mutter, Frau Christiane Lamprecht, nach Wiesbaden gefahren, hatte von dort einen jungen Arzt geholt, dem man die reinsten Wunderkuren andiethete, und wirklich war es der Kunst dieses Jünglings Restulaps gelungen, das sehende Fieber zum Stillstande zu bringen und die Kranke der Genesung entgegenzuführen. Zum dritten Male genoh sie heute eines ruhigen, erquickenden Schlafes, ohne sich fortwährend im Bette herumzuwerfen und in klagernden Tönen bald nach ihrem Vater, bald nach Paul Höfer zu rufen. Diese beiden schienen ihre Phantasie ausschließlich zu beschäftigen, denn immer wieder hörte man aus dem Stammeln ihrer wirren Reden: „Schiegt nit, Vater, schiegt nit! Oh Vater, seid mir wider gut!“ Oder auch: „Paul, Paul, dich hab ich ins Anglück gebrocht, dich, den ich so gern hab!“
Aus den letzten Redensarten mußte sich die God, wie sie sich selbst sagte, „keinen Vers zu machen“. Denn wenn Dörchen Paul liebte, warum hatte sie dann keine Werbung ausgeschlagen und mit dem nichtsnutzigen Franz Schwind sich eingelassen? Frau Christiane Lamprecht hatte dagegen verständnisvoll mit dem Kopfe genickt und zu ihrer Schwägerin gesagt: „Es geht so mannmol in der Welt! Jwaa Leichter könne sich über alles gern habe und doch kumme se nit zusamme, weil jedes do größt Trosthoß sein will! Heber quäle se sich alle zwoa zu Tod, eh aans dem annere die Gunn antut, zu jage: ich hab dich lieb! So is es auch mit dem Dörche un dem Paul gewese! Aus lauter Trost, weil sie geglaubt hot, der Paul hätt sie nit gern un wollt se nur nemme, um e Frau zu habe, hot sich des Dörche dem Schwindlersuß an de Hals geworfe un hot den arme Döwel, den Paul, ins Anglück gebrocht. Wenn die Mensch laa Kreuz un laa Anglück habe, schau se sichs ebe selber!“

Fortsetzung folgt.

Der Senatsantrag wird angenommen.
 9. Antrag: Erlass eines Nachttrages zum Jagdgesetz.
 Meyer (Soz.) beschwert sich über den Jagdgesetz in Paderborn, der die Holzflämmer aus den Forsten weist. Ferner soll das Gehölz für Spaziergänger gesperrt sein.
 Der Senatsantrag wird angenommen.
 10. Antrag: Kalkstein durch Trümmerteile Einwohnern.
 Dr. Wittern (Deutschn.) ist mit dem Vorschlag der Kommission nicht einverstanden und fordert eine genauere Fassung der Vorlage, damit die Zweifelsfragen beseitigt werden. Eine neue Kommissionsberatung sei notwendig.
 Senator Dr. Die n a n hält die Darlegungen des Vorredners für durchschlagend. In der vorgelegten Form sei das Gesetz nicht durchzuführen.
 Niemann (Dem.) fordert die Einfügung „können Kalkstein zu eigenen Gebrauch“ gestrichen werden. Das Kalkstein dürfte nicht zum Nebengewerbe ausarten.
 Hagelstein (Soz.) ist mit der vom Senator Dr. Die n a n vorgelegenen Fassung einverstanden. Die Abänderung Niemanns bedeute eine Verschlechterung für die Allgemeinheit.
 Dr. Meyer - L u e r j e n (Dem.) hält die Einschaltung Niemanns für durchaus angebracht.
 Haut (Soz.) erklärt, die Kommission habe nach gesundem Menschenverstand geurteilt, eine neue Beratung sei überflüssig. Man könne doch nicht das Maß des eigenen Gebrauchs juristisch festlegen. Und wenn der Gang einmal reichlicher sein sollte, müßten die Leute auch das Recht haben, etwas abzugeben.
 Dr. Wittern (Deutschn.) will auch die Rechtsfrage der Fiskusorganisation geprüft wissen, die eine eventuelle Schadensersatzfrage für den Staat nach sich ziehen könne.
 Der Antrag des Senates wird abgelehnt, ebenfalls alle Abänderungsanträge.
 Schluß 9 Uhr 35 Min.

Der Prozeß Ledebour.

Der in der Sonnabend-Sitzung zuerst vernommene Zeuge war in der kritischen Januarzeit im Polizeipräsidium beschäftigt. Bemerkenswert sind seine Äußerungen über den Zeugen Liebknecht, der im Polizeipräsidium eine sehr merkwürdige Rolle gespielt habe. Es sei aufgefallen, daß Th. Liebk. in Abwesenheit von Aufstufungsbeamten lange Diktate habe anfertigen lassen und dann gewöhnlich damit verschwunden sei. Ein weiterer Zeuge, der zu gleicher Zeit im Marsiall-Bureau Dienste leistete, hat ein Schreiben vorgelegt bekommen, das später im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist, und welches die Unterschrift Liebknechts, Ledebours und Scholzes trug. In dem Schreiben wird gesagt, daß sich eine neue Regierung gebildet habe, die nunmehr für Ruhe und Ordnung sorgen werde. Der Zeuge befand sich ferner, daß im Marsiall-Waffen an Zivilisten verteilt worden seien und zwar in der Hauptache Gewehre und Pistolen. Ledebour soll dem Zeugen gegenüber geäußert haben, an den Vorgängen in den letzten Dezembertagen trage lediglich die Regierung die Schuld.
 Ledebour: Früher ist von Zeugen gesagt worden, Liebknecht und ich hätten uns im Marsiall mit der Waffenabgabe befugt. Haben Sie davon etwas gesehen. — Zeuge: Gesehen habe ich davon nichts, es war aber schwer, in dem Wirrwarr jemand genau zu erkennen. — Angeklagter: Kommen Sie nicht mit Kombinationen! Antworten Sie mit Ja oder Nein. — Vorf.: Wenn der Zeuge keine genaue Antwort geben kann, dann ist die Form, in der er geantwortet hat, beachtlich. — Angeklagter: Sie können also nicht sagen, daß ich mich um die Waffenabgabe bemüht habe? — Zeuge: Man kann sich um die Waffenabgabe kümmern, ohne selbst Waffen auszugeben. — Angeklagter (sehr erregt): Sehen Sie, Herr Vorsitzender, was Sie mit Ihrer Denkung erregt haben! — Vorf.: Diesen Ton muß ich unbedingt zurückweisen. — Staatsanwalt: Kurz nach der Revolution ist ein Erlass erschienen, der es den Gerichten zur strengsten Pflicht machte, die

Zeugen zu schätzen. Der Erlass stammt von dem damaligen Justizminister und heutigen Verteidiger Rosenfeld. (Bewegung im Zuscherraum.) Der Angeklagte antwortet in außerordentlich geistreichem Tone. — Vorf. (sich erhebend): Das Gericht wird zu dem Vorgange Stellung nehmen. — Hierauf ergreift einer der Verteidiger das Wort und nimmt kurz zu der Sache Stellung, worauf Ledebour seine Bemängelung der Geschäftsführung des Vorsitzenden zurücknimmt und sein Bedauern über den Ton ausdrückt, in dem er sich ausgelassen habe. — Staatsanwalt Gysse: Diese Erklärung des Angeklagten dürfte genügen, und dies umso mehr, als auch die von dem Zeugen gemachten Wendungen nicht ganz glücklich waren.
 Es wird in der Verhandlung fortgesetzt. Dem sodann vernommenen Zeugen Hamburger ist das Schriftstück von einem Regierungswehler, das von Ledebour, Liebknecht und Scholze unterzeichnet war, ebenfalls zugegangen. Er war beim Kriegsministerium beschäftigt und sollte verpflichtet werden, im Sinne der „neuen Regierung“ zu wirken. Er lehnte das ab, weil die Unterschriften nur mit Schreibmaschine geschrieben waren. Der Zeuge hat das Schriftstück einem Journalisten Moser übergeben und 100 M. dafür bekommen. — Auf Antrag der Verteidigung beschließt das Gericht, Herrn Moser laden zu lassen.

Zeuge Wolff, Student an der technischen Hochschule, war zur Zeit der Dezember- und Januarvorgänge auf dem Polizeipräsidium beschäftigt. Eines Abends erschien im Vichtofe des Polizeipräsidiums ein Mann, der sich als revolutionärer Obmann bezeichnete. Er suchte Leute, die eisenbahnkundig seien. Der Zeuge führte weiter aus: „Ich war vorher von meinen Kameraden und meinen vermeintlichen Vorgesetzten gezwungen worden, der Organisation der unabhängigen sozialistischen Partei beizutreten. Als der Mann eisenbahnkundige Leute suchte, nahm ich an, daß irgend ein Anschlag auf die Betriebssicherheit der Bahn oder einen Eisenbahnzug im Werke sei. Ich meldete mich in der Absicht, ein solches Verbrechen möglichst zu verhindern. Meine Ausweise wurden geprüft, und ich kam mit dem Obmann in ein Zimmer, in dem außer uns beiden noch Eichhorn und Ledebour anwesend waren. Der Obmann, Eichhorn und ich besprachen die Sache. Es handelte sich darum, daß ein Zug mit Regierungstruppen aus Stettin unterwegs sei, der um Mitternacht auf dem Stettiner Bahnhofe ankommen würde. Wir sollten die Strecke begreifen, sollten draußen den nächsten Bahnwärter unschädlich machen und durch das Lösen von Bolzen die Strecke unpassierbar machen. Wären diese Maßnahmen zur Ausführung gekommen, so wäre unfehlbar der Zug mit den Truppen zum Entgleisen gebracht worden. Ledebour beteiligte sich an der Besprechung nicht, sondern stand abseits am Fenster. Es war schließlich die Rede davon, daß ein Auto genommen werden sollte, in dem wir uns nach dem Stettiner Bahnhof begeben sollten. Ich habe sodann für einen Augenblick das Polizeipräsidium verlassen, um auf dem Bahnhof Alexanderplatz einen Bahnbeamten auf den beabsichtigten Anschlag aufmerksam zu machen. Der Beamte versicherte mir, daß er das Nötige veranlassen werde. Wir sind später zum Stettiner Bahnhof gefahren. Der Mann, der sich als revolutionärer Obmann bezeichnet hatte, verließ das Auto und begab sich nach dem Bahnhof. Er kam bald darauf mit dem Bescheid zurück und erklärte, unsere Arbeit sei unnützlich, da der Zug nicht eintrifft werde.“

Vorf.: Weshalb beteiligten Sie sich an der Sache? In diesem Punkte widersprechen sich Ihre Aussagen etwas. — Zeuge: Ich suchte mich zunächst gezwungen, mich an der Unternehmung zu beteiligen. Ich hatte das Gefühl, daß mir durch meine damaligen Vorgesetzten Gefahr drohe, wenn ich die Beteiligung ablehnen würde. Man wußte, daß ich vom Eisenbahnwesen etwas verstand. Andererseits nahm ich mir fest vor, das Verbrechen zu verhindern.
 Ledebour: Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß ich mit dieser Eisenbahngeschichte nicht das Allgeringste zu tun gehabt habe.

Der Zeuge erklärt auf Befragen, daß auch er den Einbruch habe, daß Ledebour an der Eisenbahngeschichte nicht beteiligt gewesen sei. Das Gericht verurteilt sich.
 Nächste Sitzung: Montag 9 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Zum Tode verurteilt. Das außerordentliche Kriegsgericht in Weisel hat den Arbeiter Wilhelm Kornfeld aus Borbeck bei Essen wegen Vatersmordes zum Tode verurteilt. Kornfeld, der ein Liebesverhältnis mit einem Mädchen unterhielt, hat seine Frau in den Rhein-Herne-Kanal gestoßen, wo sie ertrank.

Aus Nah und Fern.

Der tote Gast. In eine Kaffee-Stube in Berlin kehrte ein Mann ein, der sich eine Flasche Rotwein kommen ließ. Er trank in halbtönen Zügen, fand dann auf einmal tot zusammen und stürzte sich nicht mehr. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß er an Vergiftung gestorben war. Der Mann hatte Chianti in ein Weinglas geschüttet.

Zuckerfischereien auf der Obersee. Einem Posten in Treptow fiel in der Nacht ein großer Kahn auf, der geräuschlos herangeplätscht kam. Er unterrichtete die Wache, ließ das Fahrzeug landen, überprüfte dann die aus zwei Mann bestehende Besatzung und nahm sie fest. Der Kahn hatte 52 Zentner Zucker geladen. Die Führer erklärten, sie hätten den Zucker von einem Schiffer gekauft und diesem 5000 Mk. ausbezahlt, konnten aber weder den Namen des Schiffers noch den Standort seines Rahnes angeben. Sie gaben zu, daß sie den Zucker verschoben wollten.

400 000 Büchsen Gulach beschlagnahmt. Auf dem Schletz handelswege sollten von Dresdener Unternehmern 400 000 Büchsen Gulachfleisch nach Dresden eingeführt werden. Die Sache wurde verraten und dem Wucherarme angezeigt, das die Sendung im Kottbus abfangen und beschlagnahmen ließ.

Familientragödie. Aus Nordlingen wird berichtet, daß der fürstliche Oberförster Bogler in geistiger Umnachtung seine Ehefrau, seine drei Kinder und dann sich selbst erschossen hat. Er stand als Offizier im Felde und hatte sich eine schwere Kopfverletzung zugezogen, die die geistige Umnachtung herbeiführte.

Der Mann mit dem Ofenrohr. Eine herters Geschichte spielte sich auf dem Bahnhof Wengertsh. (Rheinland) ab. Auf dem Bahnsteig befand sich unter den Fahrgästen ein Mann, der ein großes Ofenrohr unter dem Arme trug, um mit dem Frühzuge seine Reife fortzuführen. Vor Abgang des Zuges erschienen einige Gendarmen, um das Gepäck der Reisenden zu kontrollieren. Unser Mann mit dem Rohr mußte nun aller Wahrscheinlichkeit nach im Verdacht stehen, Schießhändler zu sein; denn die Beamten nahmen dem erkannten Manne das Rohr ab und warfen einen Blick in das Innere desselben. Und was war das Resultat dieses „Einblicks“? Schön verpackt befanden sich in dem eigenartigen Transportmittel — etwa 25 Pfd. Butter. Das gehamsterte Gut verfiel natürlich der Beschlagnahme.

Explosionsunglück in Belgien. Infolge eines Brandes in der Fabrik für Explosivstoffe in Haeren bei Brüssel kam es zu zwei heftigen Explosionen. Es wurden sechs Personen getötet, 70 schwer und 150 leichtverletzt. Sechs Personen werden vermißt.

Rauil bei einer Kino-Vorstellung. Ueber 68 Tote. Nach einer Havasmeldung aus Valence sur Rhone fing am Sonntag nachmittag bei einer Kinovorstellung die Kabine des Maschinisten Feuer. 400 Zuschauer stürzten in unbeschreiblicher Erregung auf die Ausgänge. Kinder und junge Mädchen wurden zu Boden geworfen und zerstampft. Es wurden über 80 Tote getötet, nämlich 68 Kinder, 11 Frauen und ein Mann, die alle erst 14 sind.

Reiseverkehr über See ins Ausland.

Den Personenverkehr in gewisse außerdeutsche Länder über See von Lübeck aus hat das Reich nur unter der Bedingung strenger Ueberwachung zugelassen.
 Im Schuppen 13 (Hafenstraße) werden alle Reisenden und ihr Gepäck durch Beauftragte des Polizeiamts, der militärischen Ueberwachungsstelle und der Zollverwaltung untersucht. 2 bis 3 Stunden vor Abgang des Schiffes müssen sich die Reisenden mit ihrem Gepäck dort einfinden.
 Jedem anderen ist der Zutritt bei Gefängnis- oder hoher Geldstrafe verboten (Korpsverordnung vom 7. Juli 1918, in Kraft getreten laut Bekanntmachung der Reichsregierung vom 27. November 1918).
 Nach der Untersuchung darf der Reisende mit keinem Zurückbleibenden und dürfen Zurückbleibende mit keinem Reisenden mehr in Berührung treten. Uebertretung dieses Verbots wird nach demselben Vorhelfstrafe bestraft.
 Wird das Hauptzollamt (an der Untertrane 55, Fernsprecher 613) mindestens 24 Stunden vor Abgang des Schiffes darum angegangen, so kann das große Gepäck auch an anderer Stelle (z. B. in der Wohnung, im Gasthaus) untersucht und dann unter Beschluß genommen werden. Dadurch wird die Gesamtabfertigung des Schiffes erleichtert.
 Auf Gefahr des Reisenden kann Gepäck schon früher als drei Stunden vor Abgang des Schiffes im Schuppen 13 zur alsbaldigen Untersuchung eingelagert werden. Anmeldeung bei der Zollstelle in diesem Schuppen.
 Lübeck, den 2. Juni 1919. (2996)

Das Polizeiamt.

Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betr. Einschränkung des Gasverbrauches, zu 5, Absatz 1 und 2 freigegebene Monatsmenge beträgt für den Juni 1919: 30 cbm.
 Lübeck, den 2. Juni 1919. (2998)

Die Betriebsbehörde.

Am Mittwoch, dem 4. Juni 1919, werden im Konsumverein von 8-10 Uhr vorm. Eier verkauft an die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben L-P.
 Bad Schwartau, 2. Juni 1919. (3033)

Stadtmagistrat (Ernährungsache).

Frankf.

Bekanntmachung.

Dem unterzeichneten Amt sind Mittel zur Gewährung von Zuschüssen (in Höhe von zwei Dritteln der tarifmäßigen Löhne) an diejenigen Arbeitgeber, die infolge des Verbots der Entnahme von Arbeiter vom 26. und 28. April d. J. Arbeiter nicht beschäftigen konnten, ihnen aber den tarifmäßigen Lohn zu zahlen hatten, zur Verfügung gestellt worden.
 An die in Betracht kommenden Arbeitgeber ergeht hiermit die Aufforderung, etwaige Ansprüche schriftlich unter Beifügung von Unterlagen bis zum 15. Juni 1919 hierher einzureichen. (3042)

Gefängnisverkehr.

Verfügungen der Gewärtiger und Befehlungen der Abiener über Güterwagen, welche Dienstwagen, den 10. Juni anz. oder beladen werden sollen, sind spätestens Sonntag, den 8. Juni bis 12 Uhr mittags abzugeben.
 Die bis zu diesem Zeitpunkt nach den Plätzen 101 bis 133 — Konfingebiet — beorderten Wagen werden dort ebenfalls möglichst schon am Dienstag gestellt. (3001)

Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft.

Es u. H. Vogelbauer z. vert. sowie langjährige Stiefel zu verkaufen. (3082)

Die Beerdigung meines lieben Mannes
Eduard Cadow,
 findet am Donnerstag, dem 5. Juni, vom Trauerhause, Kaiser - Wilhelm - Straße 3, aus statt.
 Beginn der Trauerfeier pünktlich 9 Uhr 40 Min.
Lisa Cadow
 geb. Westphal.
 (3000)

Waisenhaus.

Das Waisenkinderfest findet in diesem Jahre aus erklärenden Gründen nicht statt, wohl aber die von dieser Zeit übliche Haus-Sammlung durch die Kinder. Die unterzeichnete Vorsteherin spricht auf neue die Bitte aus, der Kinder mütterlich zu gedenken, die den besten jugendlichen Gaben aber gültig ausschließlich in die Sammelbüchsen legen zu wollen.
 Es wird hierbei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß das durch diese Sammlungen eingehende Geld nicht zur Abhaltung des Festes dient, sondern lediglich den Kindern zugute kommt, für welche es belegt wird, um dieselben später bei ihrem Abgange zweckmäßig auszurüsten zu helfen. Die nötige Kontrolle ist aber nur dann möglich, wenn die Gaben nur in die Sammelbüchsen getan und nicht den einzelnen Kindern gegeben werden. (3034)

Lübeck, im Juni 1919.

Die Vorsteherin des Waisenhauses.

Cübeder Badeanstalt

Die Anstalt ist jetzt wieder an jedem Werktage geöffnet. Sie ist an Sonn- und Festtagen geschlossen. (2997)

Die Finanzbehörde,

Abteilung für Haus- und Fläße Sanitätsache von 13-14 Jahr. (3029)

Montag abend 8 Uhr

entlicher sanft und ruhig nach langem schwerem Leiden unser lieber Sohn und Bruder (3019)

Heinrich

im 20. Lebensjahre. Tief betrauert und schmerzlich vermisst von seinen Eltern und Schwester

Chr. Winkelmann u. Frau

geb. Glasohm. Sachsenburg, den 3. Juni. Beerdigung Freitag nachmittag 2 1/2 Uhr von der Kapelle des Stodteldorfer Friedhofes.

Johs. Erbe

Marg. Erbe, geb. Frank. Vermählte. Für Glückwünsche und Geschenke allen freundl. Spendern herzlichen Dank. (2985)

Gesucht zu sofort

2 Maurer.

Zu melden F. Bartz, Falkenwiese 22 oder Hauptstelle Große Burastr. Bäcker Seefeld. (3038)

Zu mieten gesucht

Saden oder Zimmer in der Stadt. Angeb. unter L B an die Exp. d. Bl. (3037)

Pilo
 der hervorragende Schuhputz,
 der Liebling des Haushaltes.

Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich. (8016)

Gute Bettstelle mit Sprung-

matratze zu verkaufen. 2988) Broderstraße 15.

Kinderbett mit Sprungfeder-

matratze zu verkaufen. 3006) Gr. Gröpelarube 17, Stb., I. Kinderbettstelle, Plüte zu verkaufen. Engelwisch 37; I. (3005)

Gelbes Binn zu verkaufen

Morgens 9 Uhr an. 3028) Kupferstr. 7, I, Iks. Zu verk. ein großer Zürtger Leinen- und Kleiderstranz. 3004) Bedergarbe 66.

Neuer weicher Hut zu verk.

2992) Geversstr. 5 III.

1 kompl. Jünglings-Turnanzug

mit Turnschuhen zu verk. (3027) Steintaber Weg 5 a, Flügel. Große gutigende Glucke zu verkaufen. (3081) Mittelstraße 5.

Ein Diamant zu verkaufen.

3030) Friedenstr. 24. Eine gut näh. Hand-Nähmaschine (Singer), 1- u. 1 1/2 sch. Bettstellen mit Rahmen und Matratzen sowie einige Polsterstühle zu verk. (3041) Al. Betersgrube 6 II.

Guterhalt. Klappsportwagen

mit Verdeck zu kaufen gesucht. Ang. m. Nr. u. K. 19 an die Exp. d. Bl. (8017)

Zwei weiße Wolldecken zu

kaufen gesucht. Angeb. u. A W 12 an d. Exp. d. Bl. (2993)

Wenig ein guterhaltener

Handkoffer. Offerten unt. K 18 an die Exp. d. Bl. (2990)

Fair neue Halbkuhe, 89,

gegen Schnürstiefel zu verk. 3016) Cadowstr. 28, I.

Neu eingetroffen sind:

Reuters Werke mit viel. Illustration. 11 Mk.

Schillers Werke mit viel. Illustration. 11 Mk.

Goethes Werke mit viel. Illustration. 11 Mk.

Hauffs Werke mit viel. Illustration. 11 Mk.

Freiligraths Werke mit viel. Illustration. 6 Mk.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Kartenbriefe

sind vorräg. Buchdrucker Fr. Meyer & Co. Buchhandlung.